

Der Verrat

an den Bürgern der DDR

Eine Bilanz nach 30 Jahren Anschluß



Demonstration vor dem Treuhandgebäude am Alexanderplatz, Berlin 19. Dezember 1990

Beiträge zur Tagung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V.
am 5. Oktober 2020 in Berlin

Dr. Hans Bauer – Prof. Dr. Anton Latzo – Dr. Peter Michel

30 Jahre Anschluß – 30 Jahre Diskriminierung der Bürger der DDR

Von Hans Bauer

Zwei Jahre nach dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990 verkündete „Der Spiegel“: „Für 16 Millionen Menschen, die in einem Unrechtsstaat lebten, sind die Menschenrechte seit dem Ende der DDR Wirklichkeit“ (Nr. 41/1992). So die offizielle Staatspropaganda – seit 30 Jahren.

Erst jüngst belehrte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble die Öffentlichkeit, daß die Würde des Menschen einen „absoluten Wert in unserem Grundgesetz“ habe und nicht das Leben.

Bei aller notwendigen Kritik an dieser Geringschätzung des Lebens, die Würde ist unbestritten ein fundamentales Menschenrecht. Achtung und Respekt vor dem Leben des Anderen und nicht Demütigung, Bloßstellung oder Erniedrigung gehören zum Wesenskern der Würde. Diskriminierung verletzt sie.

Wie vereinbart sich diese Wahrheit mit der anhaltenden Diskriminierung von Bürgern der DDR – ihrer Vergangenheit, ihren Leistungen, ihren Erfahrungen!?

Mit Abschluß des „Einigungsvertrages“ hatte der vermeintliche Sieger der Geschichte begonnen, alles auszulöschen, was an die 40jährige Geschichte der DDR, an eine sozialistische Gesellschaft erinnert. In Siegermentalität sollte die wahre DDR-Vergangenheit vergessen und die Bevölkerung auf die neue Ordnung eingeschwo-ren oder ihr unterworfen werden. Bewahrenswerte Erinnerungen galt es, radikal auszulöschen, Leistungen zu verfälschen.

Die Eroberung begann mit der Vernichtung der Volkswirtschaft des feindlichen Staates und dem Raub seines Eigentums sowie der Beseitigung der politischen und geistigen Macht der DDR. „Abwicklung“ war das Schlagwort – personell, materiell, ideell. Vergessen waren frühere Erklärungen und Bekundungen einer fairen und gleichberechtigten Vereinigung beider deutscher Staaten. Im Interesse einer schnellen Angliederung der DDR drängten die politisch Verantwortlichen der BRD auf einen Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes (GG). Ein demokratischer Prozeß der Vereinigung durch eine neue Verfassung und Entscheidung des Volkes darüber, wie ihn Artikel 146 GG vorsah, wurde verhindert. Ein bereits vorliegender erster Entwurf blieb unbeachtet. Schon der Begriff „Einigungsvertrag“ stand im Widerspruch zum Akt des Anschlusses, weil ein Beitritt keine gleichberechtigte Vereinigung von Partnern ist.

Der Vertrag selbst war aber vor allem nicht vom Volk der DDR demokratisch legitimiert. Sein Konstrukt und sein Inhalt atmeten den Geist der Unterwerfung der ostdeutschen Bevölkerung unter das westdeutsche Herrschaftssystem. Die Auslegung des Vertrages und seine Interpretation waren schließlich entscheidend für die Politik gegenüber den Bürgern der sogenannten neuen Bundesländer. Die Formen und Methoden der Unterwerfung waren vielfältig, nach der Machtübernahme zunächst radikal und grob, mit spürbarem Zwang verbunden. Sie wurden schrittweise differenzierter und schwerer durchschaubar, juristisch und wissenschaftlich verbrämt. Die Verluste, Nachteile und Verletzungen betrafen Millionen von Ostdeutschen. Ihre Behandlung war würdelos und mit tiefen Einschnitten in ihr Leben verbunden.

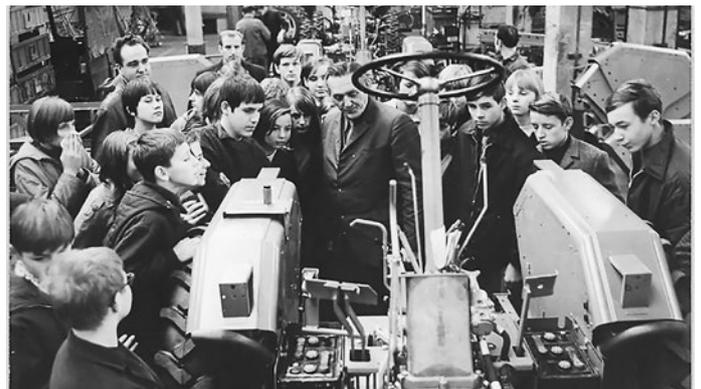
Abwicklung, Arbeitslosigkeit, Berufsverbot

Mit dem Umbau der Wirtschaft von einer sozialistischen Planwirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft wurden fast vier Millionen Menschen der DDR arbeitslos; das entsprach etwa 45 % der Erwerbstätigen. Noch heute ist der Anteil der Arbeitslosigkeit im Osten höher als in Westdeutschland. Verlierer waren und sind

insbesondere Frauen, die in der DDR gleichberechtigt am Arbeitsleben teilnahmen und gleiches Arbeitsentgelt erhielten.

Alle Beschäftigten in „systemrelevanten“ Bereichen, insbesondere im öffentlichen Dienst, in wissenschaftlichen Einrichtungen, im Bildungs-, Kultur- und Medienbereich, in Justiz und bewaffneten Organen, wurden auf Eignung überprüft und ein Großteil abgewickelt, d. h. entlassen. Das betraf u. a. ein Viertel aller Lehrer, über die Hälfte der Wissenschaftler und Hochschullehrer. Viele Einrichtungen wurden aus politischen, aber auch aus Gründen des „ fehlenden Bedarfs“ im Osten liquidiert.

Opfer dieser Politik waren circa eine Million Menschen. An Universitäten und Hochschulen z. B. nahmen Ehrenkommissionen diese Überprüfungen vor. Geprüft wurden die Eignung für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ der BRD und angebliches Fehlverhalten in der DDR, worunter staatliche Leitungsfunktionen, Parteifunktionen, Zugehörigkeit zu Nomenklaturkadern und Kontakt zu Sicherheitsorganen der DDR fielen. In entwürdigenden Fragebogen mußten die Betroffenen Auskunft über ihre Vergangenheit geben. Wer sich selbst durch wahrheitsgemäße Angaben „belastete“, hatte keine Chance. Wer Falschangaben machte, wurde



20. November 1969, Jugendweihestunde im VEB Traktorenwerk Schönebeck. Das Werk hatte bis zu 600 Lehrlinge

bei späterer Feststellung nicht nur entlassen, sondern mußte unter Umständen mit einem Strafverfahren wegen Anstellungsbetruges und mit Schadenersatzansprüchen rechnen.

Überprüfung, Abwicklung und Umstrukturierung erfolgten schrittweise. So war die weitere Funktionsfähigkeit gesichert und der Widerstand hielt sich in Grenzen; die zunächst Weiterbeschäftigten waren eingeschüchtert, verhielten sich aus Existenzangst oft demütig und angepaßt.

Die überwiegende Mehrzahl der Entlassenen fand keine ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit mehr. Durch interne Richtlinien wurde verhindert, daß bei Neubewerbungen positive Entscheidungen fielen. Besonders auf Bundesebene spielten die Vorgaben des damaligen Bundesinnenministers Schäuble eine maßgebliche Rolle. In einer Dokumentation der „PDS Linke Liste“ wird 1993 vom „Radikalenerlaß für die DDR“ gesprochen.

De facto unterlagen Tausende hoch qualifizierter Wissenschaftler, Fachleute und Spezialisten bis zu Ihrer Berentung einem Berufsverbot.

Fremdbestimmung

Mit dem Systemwechsel wurden nach 1990 Zehntausende BRD-Bürger in das besetzte Gebiet DDR abgeordnet. Allein 30 000

Beamte übernahmen in allen Bereichen und auf allen Ebenen Schlüsselpositionen. Nicht wenige dieser Beamten wurden aus dem Ruhestand wieder aktiviert, viele waren für Führungsaufgaben ungenügend qualifiziert und/oder sahen eine günstige Gelegenheit, Karriere und Geld zu machen. Ostdeutsche Verhältnisse waren ihnen fremd, das Interesse dafür hielt sich in Grenzen. Bürger der DDR durften nachgeordnete Tätigkeiten ausüben. Die Einkommensunterschiede waren dementsprechend. An diesem Zustand hat sich nichts Entscheidendes verändert. Ostdeutsche Führungskräfte sind die Seltenheit. Ihr Anteil in wichtigen Positionen in Rechtsprechung, Wissenschaft, Verwaltung, Militär oder Polizei und in großen Unternehmen beträgt zwischen ein bis drei Prozent – bei 17 Prozent Bevölkerungsanteil. Der Leipziger Soziologe Lars Vogel kommt zum Ergebnis, daß offenbar diejenigen, die derzeit die Führungspositionen besetzen, am liebsten Leute als ihre Nachfolger rekrutieren, die ihnen kulturell ähnlich sind. Westdeutsche ziehen Westdeutsche nach (Zeit online 25/2018).

Nicht nur das Gefühl, fremdbestimmt und fremdregiert zu werden, ist in Ostdeutschland weit verbreitet. Die Dominanz Westdeutscher in leitenden Positionen aller Bereiche ist Realität. Form und Stil der Verwaltung, der Umgang von Ämtern und Behörden mit den Bürgern, die bürokratische Unterwerfung unter einen undurchschaubaren Verwaltungsapparat, der mit internen Regelungen und Anweisungen geleitet wird, bestärken Ohnmacht und Hilflosigkeit, das Gefühl, dem Apparat ausgeliefert zu sein.

Delegitimierung durch Kriminalisierung

Eine vorrangige Aufgabe bundesdeutscher Politik nach der Vereinigung war, den Alleinvertretungsanspruch und seine Berechtigung zu beweisen. Folglich mußte die DDR als Staat demontiert werden. Den Auftrag dazu hat öffentlich der damalige Justizminister Klaus Kinkel erteilt. Auf dem 15. Deutschen Richtertag am 23. September 1991 äußerte er die Erwartung an die deutsche (natürlich westdeutsche) Justiz, daß es gelingen müsse, „das SED-System zu delegitimieren“. Dieser Staat „(war) in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich wie das faschistische Deutschland“, so Kinkel.

Die Äußerung Kinkels kam einer Anstiftung zur Rechtsbeugung gleich. Dem folgte die westdeutsche Justiz – Untersuchungsorgane, Staatsanwälte und Richter – willig und kreativ. Über 100 000 Bürger der DDR und 3 000 der alten BRD und Westberlins unterlagen strafrechtlichen Prüfungen. Rund 85 000 Ermittlungsverfahren gegen Politiker, Wirtschafts- und Staatsfunktionäre, Staatsanwälte und Richter, Angehörige der NVA und der Grenztruppen, der Schutz- und Sicherheitsorgane, Verantwortliche in Bereichen von Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport der DDR wurden eingeleitet, circa 350 gegen Bürger der Alt-BRD und Westberlins, die als Kundschafter des Friedens wirkten. Die Verfolgungen reichten vom einfachen Grenzer bis zum Staatsoberhaupt, vom Mitarbeiter in Behörden bis zum Minister, vom Sporttrainer und Arzt bis zum Wissenschaftler.

Hunderte von Gerichtsverfahren wurden über fast 15 Jahre genutzt, um öffentliche Schauprozesse vor einer eigens geschaffenen Sonderjustiz (Staatsanwaltschaften und Gerichte) durchzuführen, teilweise spektakulär unter Verletzung menschlicher Würde von den abhängigen Medien begleitet. Nach dem Gesetz mußte Fremdrecht angewandt werden, also DDR-Recht. Das legten die Juristen nach Gutdünken aus. Rechtsstaatliche Hindernisse, wie das Rückwirkungsverbot oder die Verjährung, wurden mißachtet und durch Gesetze und juristische Konstrukte und Finten beseitigt. Allein die Verjährungsfristen wurden dreimal gesetzlich verlängert, um Zeit zur Verfolgung zu gewinnen.

Verurteilt wurde unter Verletzung völkerrechtlicher und innerstaatlicher Grundsätze sowie Mißachtung von Verfahrens- und Beweisregeln. Die rechtswidrigen Urteile lauteten auf Totschlag, Körperverletzung, Rechtsbeugung, Nötigung, Freiheitsberaubung, Verschleppung, Amtsmißbrauch, Landesverrat, geheimdienstliche



14. Oktober 1971, Baustelle des Kraftwerks „Völkerfreundschaft“ Hagenwerder im Kreis Görlitz, das in RGW-Kooperation mit der VR Polen entstand. 2015 wurden die letzten Anlagen gesprengt

Agententätigkeit. Bei der juristischen Bewertung waren sich die Gerichte vom Amtsgericht bis zum Bundesgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht im wesentlichen einig; die Politik und der Justizminister hatten Ziel und Marschroute vorgegeben.

Westdeutsche Staatsanwälte waren Ankläger, westdeutsche Richter verurteilten – in über 1 000 Fällen: davon 150 Angeklagte zu Freiheitsstrafen bis zu 12 Jahren, im übrigen zu Freiheitsstrafen mit Bewährung und zu Geldstrafen. Die Verurteilten mußten hohe Kosten und Auslagen der Verfahren tragen; viele zahlten jahrelang, einige bis heute ihre monatlichen Raten an den Staat von geringen Einkünften und Renten.

Mit der Verfolgung und der Verurteilung Einzelner wurde tief in das Leben der Betroffenen und ihrer Familien eingegriffen. Das hatte oft gesundheitliche und große existentielle Auswirkungen. Öffentliche Brandmarkung und Diffamierung trieben Menschen in den Suizid. Ungewißheit und Furcht vor der Zukunft stärkten solidarische Verbundenheit, zerstörten aber auch manche Familien. Dem neuen Herrschaftssystem ging es aber nicht nur um Rache an den Einzelnen. Diese standen gewissermaßen stellvertretend für ihren Staat. Mit der Kriminalisierung von Amts- und Verantwortungsträgern sollte eine ganze Gesellschaft getroffen werden. Es war die Abrechnung mit dem Sozialismus. Der „Nachweis“ seines kriminellen Charakters in Gestalt einer Vielzahl von Verurteilungen von Verantwortlichen sollte die Inhumanität und den Unrechtscharakter belegen.

Vervollständigt wurde dieser Feldzug gegen die DDR mit massenweisen Verfahren zur Rehabilitierung von in der DDR Verurteilten sowie von verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Schadenersatz, zu denen sogenannte Opfer bewegt, gelockt und gedrängt wurden und noch werden.

„Unrechtsstaat“ wurde zum Kampfbegriff. Die übergroße Mehrzahl der DDR-Bürger lebte aber sozial und gesichert in diesem Staat, war voll in dessen Leben integriert und auch engagiert. Viele sehen in solchen Schlagworten ihre eigene Vergangenheit beschädigt und verunglimpft.

Benachteiligung, Bestrafung, Ausgrenzung

Die Äußerung eines CDU-Politikers in Wildbad Kreuth im Frühjahr 1991: „Wir werden sie nicht in Lager sperren, das haben wir nicht nötig. Wir werden sie an den sozialen Rand drängen“, war und bleibt eine von den westdeutschen Eroberern bewährte Methode der Niederhaltung Ostdeutscher.

Mit der Währungsunion am 1. Juli 1990, mit der die Mark der DDR in DM getauscht wurde, waren beachtliche Einschnitte verbunden. Die ohnehin geringeren Vermögen der DDR-Bürger konnten nur

zum Teil im Verhältnis 1:1 getauscht werden. Von Überlegungen, später den Ausgleich zu zahlen, war nie mehr die Rede.

Einkünfte aus Erwerbstätigkeit weisen zwischen Ost und West seit der staatlichen Vereinigung bis heute erhebliche Unterschiede auf. Die Höhe des Bruttodurchschnittslohns je Beschäftigten 2018 betrug 3 340 € in Westdeutschland und 2 790 € in Ostdeutschland, im Osten also 550 € (über 23 %) weniger. Auch hier sind Frauen besonders betroffen, die in Deutschland noch im Jahre 2019 im Schnitt 21 % weniger Lohn als Männer erhielten.

Nach wie vor sind in Abhängigkeit von der Lohnentwicklung auch die Renten in Ostdeutschland geringer. Mit der Rentenanpassung 2020 steigt der aktuelle Rentenwert (Ost) auf 97,2 % des aktuellen Rentenwerts West.

30 Jahre nach der staatlichen Vereinigung hat das kapitalistische System eines der reichsten Länder der Welt es nicht geschafft, im eigenen Bundesgebiet „gleichwertige Lebensverhältnisse“ herzustellen, wie es Artikel 72 des GG verlangt. Die Benachteiligung der Ostdeutschen ist unübersehbar. Jährliche Angleichungen werden vom Staat großzügig als Wohltat verkauft.

Über diese anhaltende Ungerechtigkeit hinaus sind eine Reihe von Rentengruppen der DDR bei der Überführung der Renten aus politischen und anderen Gründen nicht berücksichtigt worden, obwohl Ansprüche bestehen. Es handelt sich u.a. um Ingenieure, Spitzensportler, Postmitarbeiter, Hebammen, Künstler, Balletttänzer, Professoren, Krankenschwestern, Eisenbahner und Bergleute, geschiedene Frauen, Zwangsausgesiedelte oder DDR-Flüchtlinge. Nunmehr ist endlich vorgesehen, für 17 verschiedene Personen- und Berufsgruppen aus einem Härtefallfonds Rentenzahlungen zu beschließen.

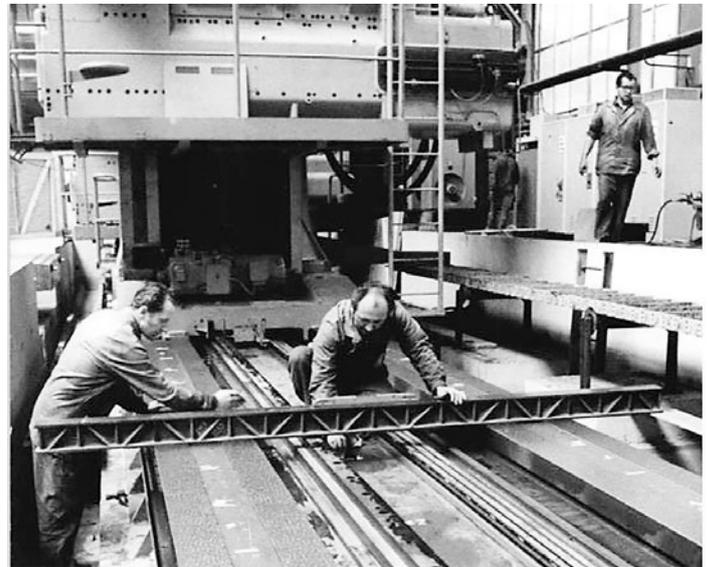
Eindeutig als Bestrafung für Treue, Verantwortung und Verdienste in der DDR, beschlossen Bundestag und Bundesrat der BRD Sondergesetze für Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit und herausgehobene Verantwortungsträger in Staat, Partei und Justiz der DDR.

Diese Gesetze (§§ 6 und 7 Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz, AAÜG) beinhalten eine willkürliche Kürzung der Rentenansprüche für die Zeit der ausgeübten Tätigkeit auf 1,0 Entgeltpunkt je Jahr. Gleichheitsgebot (Artikel 3 GG) und Eigentumschutz (Artikel 14 GG) sind für diesen Personenkreis außer Kraft gesetzt. Die ursprüngliche Absenkung auf 0,7 Entgeltpunkte pro Jahr wurde zwar 1999 aufgehoben, das Unrecht einer Strafrechte durch Begrenzung auf 1,0 Entgeltpunkt besteht jedoch fort. Eine Verfassungsbeschwerde gegen dieses Unrecht nahm das Bundesverfassungsgericht mit Beschluß im Jahre 2016 nicht an. Petitionen und Eingaben an verantwortliche Politiker und Institutionen blieben erfolglos. Unter Mißachtung allgemein anerkannter Menschenrechte verletzt die Bundesrepublik die Wertneutralität des Rentenrechts. Kritik auch internationaler Gremien an dieser Praxis bleibt unbeachtet. Verbunden mit dieser Willkür ist eine seit drei Jahrzehnten ungezügelter Hetze insbesondere gegen die ehemaligen Angehörigen der Sicherheitsorgane der DDR. Zehntausende von ihnen werden öffentlich stigmatisiert und ausgegrenzt.

Lebenslange Überprüfung und Demütigung

Eine zentrale Bedeutung bei der Abrechnung mit der DDR und der Niederhaltung ihrer Bürger kommt der Nutzung der Unterlagen des MfS zu. Die Unterlagen werden systematisch zur Herrschaftsausübung mißbraucht, als Beweis-, Druck- und Erpressungsmittel zur Verfolgung, Diffamierung und Einschüchterung von Menschen und zur Ablenkung von eigenen Ge- und Verbrechen. Am 3. Oktober 1990 als „Sonderbeauftragter“ und später „Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ (BStU) eingesetzt, leitete Joachim Gauck diese Behörde über ein Jahrzehnt. Inzwischen ist Roland Jahn der dritte Leiter.

Die 30jährige Geschichte dieser Behörde ist unverändert die Geschichte des Krieges im Inneren gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung. Wo auch immer „politischer Bedarf“ war und ist, die Behörde war stets zur Stelle: in juristischen Prozessen, vor Wahlen,



Erfurt, Kombinat Umformtechnik „Herbert Warnke“, 14. Mai 1976: Tschechische Monteure arbeiten mit bei der Einrichtung eines modernen Bearbeitungszentrums für Großmaschinen. Von 3 800 Arbeitsplätzen 1989 blieben bis heute etwa 500 übrig. Sie sind durch den Wandel in der Autoindustrie gefährdet

in Krisenzeiten, bei der Besetzung von Ämtern und der Vergabe von Posten ...

Mit der Behauptung neutraler Auskünfte und unter dem Deckmantel angeblicher Forschungen wurden Kontakte zum MfS angedeutet, vermutet, fingiert, konstruiert und belegt, die schwerwiegende Folgen für Betroffene hatten. Verdächtige, Beschuldigte und Opfer dieser Denunziationen und damit im Sinne der herrschenden „Täter“ waren überwiegend ostdeutsche Politiker, Juristen, Parlamentarier, Schriftsteller, Polizisten, Wissenschaftler, Künstler, Angestellte und Beamte, die sich für den öffentlichen Dienst oder für ein Ehrenamt bewarben oder dieses bereits bekleideten.

Behördenauskunft war in politischen Strafverfahren und in Rentenangelegenheiten unentbehrlich. Schließlich waren es aber auch private Firmen und Einrichtungen, die zur Einholung von Auskünften gedrängt wurden, um festzustellen, ob ein Mitarbeiter MfS-belastet ist. Anfragen und Auskünfte wurden künstlich initiiert und die Tätigkeit der Behörde mit Berichten und Zahlen glorifiziert.

Welche Auswirkungen die Auskünfte für das Leben der Verdächtigen und Betroffenen hatten, ließe sich in Abertausenden von individuellen Schicksalen schildern. Viele nahmen „das Urteil“ eingeschüchtert und resignierend hin, zogen ihre Bewerbungen und sich aus Ämtern und aus dem politischen Leben zurück. Andere erhofften durch halbherzige Eingeständnisse auf Nachsicht und Gnade. Sie nahmen sich durch Abstriche an ihrem früheren Leben selbst einen Teil ihrer Würde. Genutzt hat es ihnen zumeist nichts. Der politische Gegner war erbarmungslos. Manche zogen – so sie finanziell dazu in der Lage waren und starke Nerven hatten – vor Gericht in der Hoffnung, der „Rechtsstaat“ werde es richten. Das Ergebnis war geteilt; die Behörde waltet weiter ihres unmoralischen und inhumanen Amtes. Und viele der Gejagten zerbrachen, erkrankten, fanden keinen Ausweg mehr. Eine nicht unbeträchtliche Zahl setzte ihrem Leben ein Ende.

Pfarrer Dr. Dieter Frielinghaus schrieb über sie: „Zu den vielen in unserem Lande seit dem Herbst 1989 von eigener Hand vollzogenen Toten möchte ich aus Ehrfurcht nicht ‚Selbstmord‘ sagen. Doch ein ‚Freitod‘ war es auch nicht. Die Menschen waren entehrt, gejagt, gequält, in die Aussichtslosigkeit getrieben. Die Medien haben diesen Toten selten ein Bedenken gewidmet. Damit entsprachen sie dem Interesse der nun Herrschenden und ihrer Regierung.“ (IKARUS 3/ 4, 2006).

Mit der nunmehr vorgesehenen Überführung der Unterlagen der BStU in das Bundesarchiv wären zwar Voraussetzungen für einen

sachlichen und sachgerechten Umgang mit diesen Unterlagen und ihrer Nutzung gegeben, das dafür vorgelegte Konzept des Bundesbeauftragten läßt aber keine inhaltliche Neuausrichtung erkennen. Danach wird die bisherige Praxis der Überprüfung von Bürgern auch unter dem Dach des Bundesarchivs beibehalten. Das entspricht dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom September 2019, die Regelüberprüfung auf „Stasi-Mitarbeit“ um weitere 10 Jahre zu verlängern. Eine Verjährung, die selbst bei schweren Verbrechen gesetzlich garantiert ist, gilt hier nicht. 40 Jahre dauern dann Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen an, weil sie der DDR aus Überzeugung gedient haben.

„Aufarbeitungsindustrie“ zur Geschichtsfälschung

Im großen Stile und mit beachtlichen finanziellen Mitteln wurden nach der staatlichen Vereinigung Strukturen, Institutionen und Einrichtungen geschaffen, die anhand der Geschichte der DDR deren „Unmenschlichkeit und Unrechtscharakter“ belegen sollten. Eine Vielzahl von Enquete- und Untersuchungskommissionen von Parlamenten auf allen Ebenen widmeten und widmen sich dieser Aufgabe, deren Ergebnisse allerdings schon vorher feststehen. Das garantierten der Auftrag und die Zusammensetzung solcher Gremien. Grundlage für ein planmäßiges, systematisches und konzeptionelles Vorgehen waren zwei Enquete-Kommissionen des Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ von 1992 und 1995. In deren Ergebnis wurde im Juni 1998 die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ gegründet. Ihr Auftrag: Gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, Einfluß auf das öffentliche Bewußtsein. Zu ihren Aufgaben gehört, die „Erinnerung an die Verbrechen kommunistischer Diktaturen“ wachzuhalten. Dazu berät und fördert sie Projekte, Archive, Verbände, Wissenschaftler und Bildungseinrichtungen – national und international.

Ein seit 1992 bestehender „Forschungsverbund SED-Staat“ der Freien Universität Berlin führt „wissenschaftliche“ Untersuchungen mit gleicher Ziel- und Aufgabenstellung durch. In wissenschaftlichen Foren wird „erforscht“, wie der Transformationsprozeß zur Überwindung des Kommunismus verläuft und beschleunigt werden kann. Objekt der Forschungen ist natürlich auch die im Sozialismus sozialisierte Bevölkerung; erst deren Tod vollendet für manche „Wissenschaftler“ den Prozeß des „kapitalistischen Kulturwandels.“ Eine zentrale Rolle in diesem Netzwerk des Antikommunismus nimmt im Auftrage der Bundesregierung die Staatsministerin für Kultur und Medien wahr. Sie ist im Bundeskanzleramt direkt der Bundeskanzlerin zugeordnet. Sie hat u. a. „in Zusammenarbeit mit Gedenkstätten und Institutionen an das Unrecht in der ehemaligen DDR zu erinnern“. Ihr unterstellt sind u. a. das Bundesarchiv, der „Bundesbeauftragte der BStU“, Gedenk- und Erinnerungsstätten des Bundes.

Enges Zusammenwirken der staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen mit sogenannten Opferverbänden ermöglicht die Verbindung zu gewünschten Zeitzeugen, besonders in der Öffentlichkeitsarbeit. Arbeitsergebnisse werden in Publikationen, Fachveranstaltungen und auf Konferenzen vorgestellt. Verarbeitet werden sie für die Öffentlichkeit in thematischen Veranstaltungen, Dokumentationen, Büchern, Filmen u. a. Kunstwerken, in Erinnerungs- und Gedenkorten. Wie ein giftiges Spinnennetz bestehen in ganz Deutschland, vor allem im Osten, solche Orte zur Erinnerung - zur Grenze, zum MfS, zum DDR-Alltag. Gedenkstätten zur „Erinnerung an Opposition, Widerstand und Verfolgung in der SBZ/DDR“ sind nach einer Gedenkstättenkonzeption geplant und gestaltet. Die Zahl solcher Orte hat ständig zugenommen; es existieren in Bundes- und Landesverantwortung rund 70 Museen zur DDR. Schwerpunkt sind MfS-Dienststellen, vorwiegend in den ehemaligen Bezirksstädten, und 15 Grenz Museen. Verstärkt wird aber Wert auf den Alltag in der „DDR-Diktatur“ gelegt. Zielgruppe sind insbesondere Kinder und Jugendliche.

Mit dieser „Geschichtsaufarbeitung“ wird beispiellose Geschichtsfälschung betrieben. Heroisierung der Vergangenheit der alten

Bundesrepublik, Verdammung der DDR. Vergangenheitsbewältigung wird so zur „Vergangenheitsvergewaltigung“, wie der Rechtswissenschaftler Hermann Klenner feststellte.

Um die staatlich verordnete „Geschichtsaufarbeitung“ und „Vergangenheitsbewältigung“ hat sich eine regelrechte Industrie entwickelt. Medien-, Kultur- und Geistes-schaffende bedienen aus unterschiedlichen Gründen die bekannten Klischees. Nicht zuletzt wegen finanzieller Abhängigkeit. In Filmen und Zeitungen, im Fernsehen und Internet dominieren Abwertung, Geringschätzung, Haß und Hetze. Ob im Bundestag, in Talkshows, Interviews oder im Unterhaltungsbereich, die DDR und ihre Bürger sind Gegenstand von Verunglimpfung, Hohn und Spott. Den Ostdeutschen wird von Fremden erklärt, wie sie gelebt haben, wie sie unter der Diktatur gelitten haben.

Millionen von DDR-Bürgern haben aber ganz andere Erfahrungen gemacht. Sie haben nicht trotz, sondern mit der DDR und ihren Politikern ein Leben in Würde geführt, sie haben sich in ihrem Lande sicher, geborgen, gleichberechtigt und geachtet gefühlt. Waren engagiert in Schulen, Universitäten, Fabriken, Genossenschaften, aktiv beteiligt am Leben in ihren Wohnbereichen. Zu Recht sind sie stolz auf ihre Leistungen, mit denen sie einen menschenwürdigen Staat aufgebaut haben.

Ein auch noch so ausgeklügeltes System der Geschichtsfälschung, Manipulation und Umerziehung beleidigt und stößt bei vielen Menschen auf Widerstand. Es kann ihre Lebensleistungen nicht schmälern, ihre Erinnerung an die DDR nicht beeinträchtigen.

Verstoß gegen elementare Menschenrechte

Der Umgang der bundesdeutschen Machthaber mit den Bürgern der DDR trägt kolonialen Charakter. Seit der Unterwerfung des eroberten Gebietes der DDR und der Errichtung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse (Zerschlagung und Ersetzung der Kader) wird das Land im Kapitalinteresse ausgebeutet (Aneignung des Volkseigentums und Erschließung der Absatzmärkte). Die „zurückgebliebene“ Bevölkerung wird zum Objekt der Macht, fremdgesteuert. Sie soll nun ihre Identität aufgeben und verleugnen, umerzogen und für die neue Herrschaft reif gemacht werden. Gewachsene eigene kulturelle Werte sollen durch die der „westlichen Wertegemeinschaft“ ersetzt werden.

Beide deutsche Staaten sind über Jahrzehnte nicht nur getrennte, sondern systemgegensätzliche Wege gegangen. Das hat unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen geformt. Ihre Überzeugungen und Anschauungen sind in vielen Bereichen gegensätzlich, ja auch Sitten, Traditionen und Gewohnheiten gehen teilweise auseinander.

In 40 Jahren DDR haben sich in vielen Lebensbereichen eigene Werte entwickelt. Es ist weitgehend ein Wertesystem entstanden, das von sozialistischen Ideen und Erfahrungen geprägt ist. Friedensliebe, Gemeinschaftsgeist, Solidarität, Antifaschismus, Internationalismus, Völkerfreundschaft u. a. sind nicht nur Worte; sie sind mit Inhalt und Leben erfüllt, an dem viele Menschen teilgenommen, ja es mitgestaltet haben. Sich mit Mißachtung und Arroganz darüber zu erheben, schafft keine innere Einheit, verschärft sogar die Gegensätze, die ohnehin in diesem Land bestehen.

Bundestagspräsident Schäuble betonte, wie anfangs erwähnt, den besonders hohen Stellenwert der Würde des Menschen. Für die Verletzung der Würde Ostdeutscher, ihre seit 30 Jahren andauernde Diskriminierung, trägt Schäuble als aktiver Politiker im Prozeß der Angliederung der DDR und heute als führender Repräsentant dieses Staates Mitverantwortung.

Diskriminierungen sind grundlegende Menschenrechtsverletzungen, verstoßen gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950, gegen weitere internationale Rechtsnormen und gegen das Grundgesetz. Es wird höchste Zeit im „Rechtsstaat“ BRD, diese elementaren Menschenrechte auch gegenüber den Bürgern der DDR durch gleichberechtigten und achtungsvollen Umgang zu verwirklichen. ■

Die BRD – ihre Stellung in Europa und ihr Verhältnis zu Rußland

Von Anton Latzo

Der ehemalige deutsche Reichskanzler Prinz Max von Baden schrieb in seinen Erinnerungen über die Wirkung der Oktoberrevolution auf Deutschland, man habe das „unheimliche Gefühl“ gehabt, daß der Sieg der Bolschewiki in Rußland all denen in Deutschland den Rücken stärke, die den Krieg „stören“ wollten. Mit seltener Offenheit wurde damit von deutscher Seite repräsentativ gesagt, daß die Grundhaltung Deutschlands schon damals von einer negativen Haltung zur Sowjetunion bestimmt war, weil sie, die Sowjetunion, den Krieg „gestört“ hatte. Auch für die Gegenwart ist es wichtig daran zu denken, denn es sagt sehr viel aus – über beide Seiten! Die Stellung zu Rußland ist daher eine der außenpolitischen Hauptfragen, vor die Deutschland sowie alle diejenigen Parteien und Personen gestellt sind, die der Erhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa und darüber hinaus lebenswichtige Bedeutung einräumen

Wir sprechen nicht von einer BRD als Nachfolgerin von zwei gleichberechtigten deutschen Staaten. Mit den „ersten freien Wahlen“ von 1990 wurde die letzte Regierung der DDR beseitigt. In Verwirklichung der Alleinvertretungsanmaßung des nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen restaurierten deutschen Monopolkapitals, wurde dessen Gesellschaft, Macht und Politik auf Ostdeutschland übertragen. Es wurde Expansion betrieben. Wir sprechen über die Stellung des so entstandenen deutschen Staates in Europa und zu Rußland!

Angesichts der Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum 75. Jahrestages des Sieges über den deutschen Faschismus und der Befreiung des deutschen Volkes, in der er es unterließ, die Sowjetunion und ihre Opfer auch nur ein einziges Mal zu würdigen, ist festzustellen: Es geht um die Außenpolitik desjenigen deutschen Staates, der im Kampf um die Annullierung des Potsdamer Abkommens gesiegt hat. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die zum 2. Weltkrieg führten, wurden in ganz Deutschland wiederhergestellt. Wir sprechen von einem Deutschland, das aus der Negierung der Lehren entstanden ist, die zum Potsdamer Abkommen geführt haben.

Lossagung von Weltkriegslehren

Für die Vollstrecker der 1990 vollzogenen „Vereinigung“ war die Einheit kein nationales Gebot, keine Lösung der nationalen Frage, sondern eine Frage ihrer Machterweiterung, der Ausdehnung ihrer Herrschaft auf ganz Deutschland. Das brachte die Erhöhung ihres wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gewichts, das sie in die Waagschale der internationalen Politik zugunsten der Erhöhung ihres Einflusses werfen konnten.

Welche Faktoren sind für die Stellung der BRD in Europa bestimmend?

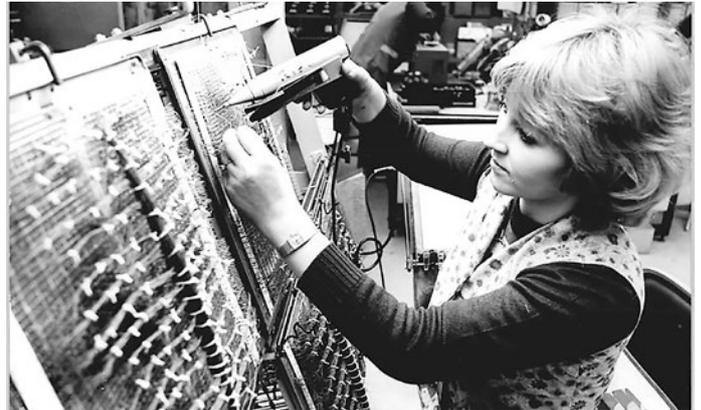
1. Natürlich ergibt sich die Stellung aus den objektiven ökonomischen, politischen, kulturellen, geographischen usw. Faktoren. Sie können in unserem Rahmen nicht behandelt werden. Das heißt nicht, daß es nicht notwendig wäre, linker, realistischer Friedenspolitik eine wissenschaftliche, materialistische Betrachtungsweise zugrundezulegen.

Aus den objektiven Bedingungen ergeben sich Triebkräfte, Interessen und natürliche Bedürfnisse nach internationaler Arbeitsteilung, nach Verflechtung, nach Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Die Außenbeziehungen gewinnen immer größere Bedeutung für eine störungsfreie innere Entwicklung. Aber: Auch der Charakter der dabei entwickelten Beziehungen wird davon bestimmt. Im Kapitalismus sind es Beziehungen der Konkurrenz, der Profitmaximierung und der Ausbeutung. Sie bestimmen die Stellung Deutschlands sowohl in Europa als auch gegenüber Rußland und den anderen Staaten.

2. Dem entgegen den Lehren des 2. Weltkrieges restaurierten Monopol- und Finanzkapital in der BRD ist es im Bündnis mit den USA gelungen, die UdSSR zu zerschlagen und den territorialen, politischen und gesellschaftlichen Status quo in Europa und darüber hinaus wieder zu ihren Gunsten zu verändern.

3. Bei Fortsetzung der „Integrationspolitik“ Richtung Westen konnte nach 1990 die Expansion in Richtung Osten unter dem Schirm der „Erweiterung“ der EU und der NATO in Bezug auf die Staaten in Osteuropa und der Politik der „östlichen Partnerschaft“ gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken betrieben werden. Dabei ist schon der Begriff „Erweiterung“ verräterisch. Die Nachkriegsordnung wurde in ganz Europa zugunsten der BRD verändert. Das außenpolitische Aktionsfeld der BRD und auch ihr Handlungsrahmen wurden deutlich erweitert.

Die BRD hat sich „endgültig von dem Alpdruck Potsdam“ (Konrad Adenauer) befreit. Das heißt: Es erfolgte eine deutliche Veränderung der Stellung Deutschlands gegenüber den Großmächten, in



Dresden, VEB Robotron Elektronik, 30. Januar 1979: Montage eines Computers EC 2640 im Rahmen des ESER-Programms der RGW-Länder. Am 26. September 2020 berichtet die FAZ über Dresden: „Die Stadt hat sich seit 1990 zu einem Hightech-Standort entwickelt, dessen Grundlagen bereits in den achtziger Jahren gelegt wurden.“

Europa und in den internationalen Beziehungen generell. Helmut Kohl sprach in seiner ersten Rede als gesamtdeutscher Kanzler sogar davon, daß „Deutschland mit seiner Geschichte abgeschlossen (hat), es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten“.

BND-Chef und Außenminister Klaus Kinkel schlußfolgerte für die Außenpolitik des „neuen“ Deutschland: „Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern: Im Inneren müssen wir wieder ein Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor (gemeint sind die beiden Weltkriege – A. L.) gescheitert sind: Im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht. Die Rückkehr zur Normalität im Inneren wie auch nach außen entspricht einem tiefen Wunsch unserer Bevölkerung seit Kriegsende. Sie ist jetzt auch notwendig, wenn wir in der Völkergemeinschaft respektiert bleiben wollen. ... Unsere Bürger haben begriffen, daß die Zeit unseres Ausnahmezustandes vorbei ist.“ (FAZ, 19. März 1993) Wir haben es also heute mit einem Deutschland zu tun, das sich von den Lehren des 2. Weltkrieges losgesagt hat.

4. Vorkriegsdeutschland sah in den europäischen Ländern Objekte seiner Außenpolitik. Diese expansive Politik erzeugte permanente Spannungen und ständige Kriegsgefahr.

Die Theorie von der Schaffung einer sogenannten „mitteleuropäischen Ordnungsmacht“ wurde wieder hervorgeholt. Und von hier ging es über die „Großraumpolitik“ des „Dritten Reiches“ zur Europa-Ideologie und zum „Programm für Europa“ eines Franz Joseph Strauß. Nach der Annahme der Notstandsgesetze hielt er schon 1968 die Zeit für gekommen, „endlich den Großraum Europa zu schaffen“, wie er in einer Rede vor der Jungen Union Bayerns am 9. Juni 1968 verkündete. Um das zu erreichen, sei es notwendig, so Strauß, eine neue „Verteilung der Gewichte“ in Europa vorzunehmen.

Verhältnis zu Rußland

Mit der Restauration des Kapitalismus in ganz Europa und der Eingliederung der DDR in den Besitzstand der deutschen Monopole wurde die offene Verfolgung dieser Ziele möglich, auch wenn die damalige Premierministerin von Großbritannien, Margaret Thatcher, das wie viele andere als problematisch ansah: „Es ist doch klar, ihr Deutschen wollt nicht Deutschland in Europa verankern. Ihr wollt den Rest Europas in Deutschland verankern“ (Spiegel, 25.10.1993), stellte sie fest.

Nach der Zerschlagung der UdSSR durchlief das deutsch-russische Verhältnis zwei Hauptetappen. Davor hat es mit den Männerfreund-



VEB Schiffswerft Neptun Rostock, 24. Juni 1985: Auf der Hellig werden für die UdSSR ein Trailer- und das erste Containerschiff gebaut. Von etwa 7 000 Beschäftigten 1989 blieben 525 übrig. Am 25. September 2020 warnt die IG Metall, ein Drittel aller 18 000 deutschen Werftarbeitsplätze sei gefährdet

schaften zwischen Willy Brandt und Leonid Breschnew sowie Kohl und Breschnew bzw. Michail Gorbatschow begonnen. Die Leitlinie für die deutsche Seite hieß seit Mitte der 1960er Jahre „Wandel durch Annäherung“. Für diese „deutsche Ostpolitik“ fand Egon Bahr den Begriff vom „deutschen Weg“ und fügte hinzu, daß sie den Segen der USA hatte. Dazu gehörten aber nicht nur Diplomatie und Wirtschaft, sondern auch der „Back Channel“, den Wjatscheslaw Keworkow, auf sowjetischer Seite die beteiligte Schlüsselperson, als „unentbehrlich für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion seit Ende 1969“ bezeichnete. Es folgte die Saunafreundschaft zwischen Kohl und Boris Jelzin. Nach der Wahl Wladimir Putins im Jahr 2000 wurde Rußland Partner, Rivale, Gegner und neuerdings sogar zunehmend Feind. Die Tendenz zeigt in Richtung einer Verdrängung der Elemente der Kooperation durch Konfrontation. Die Stellung Deutschlands sowohl zur Sowjetunion als auch zu Rußland wurde und wird nach den

Möglichkeiten zur Durchsetzung des „deutschen Weges“ definiert. Je mehr die Beziehungen der SU/Rußland geschadet haben, umso „freundschaftlicher“ wurden sie dargestellt.

An der Seite der USA glaubte Deutschland den Zerfall der UdSSR für die endgültige Sicherung des Kapitalismus und seine weltweite Ausdehnung nutzen zu können. Deutschland nahm sogar die unipolare Weltordnung der USA in Kauf.

Gegenüber Rußland erklärte Deutschland das Modell der Partnerschaft zu verfolgen, was auf russischer Seite hochrangige Anhänger fand. Es wurde die Idee einer europäischen Integration Rußlands und das Entstehen eines Groß-Europas von Lissabon bis Wladiwostok mißbraucht, die im Grunde die Idee einer Groß-Erweiterung der EU war.

Das Verhältnis Deutschlands zu Rußland war von der Absicht bestimmt, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu nutzen, um diese Prozesse zu fördern und zu sichern, den eigenen Einfluß darauf zu erhöhen und stabil zu halten. Auf das Potential Rußlands gestützt wollte man sich als europäische Zentralmacht stabilisieren und den Weg zur Weltmacht absichern. Dieser Denkansatz scheint irreversibel gescheitert, aber nicht aufgegeben zu sein.

Eine neue Etappe

Die zweite Etappe beginnt mit der Präsidentschaft von Putin. Ein erster Schnittpunkt wurde mit der Rede Putins 2001 vor dem Bundestag sichtbar. Sie widerspiegelte nicht nur die veränderten Bedingungen in der inneren Entwicklung Rußlands, die immer deutlicher werden ließen, daß die Hoffnungen auf Privatisierung und kapitalistische Marktwirtschaft sich als illusionär erwiesen haben. In den internationalen Beziehungen erwies sich Rußland zunehmend als entschiedener Verfechter der nationalen Interessen von Staaten und Völkern verbunden mit den Interessen der Menschheit an Frieden und Sicherheit.

Das unipolare Modell der Weltordnung habe sich, führte Putin aus, als haltlos erwiesen. Die Außenpolitik Rußlands wende sich gegen jeglichen Exklusivitätsanspruch. Und sie wehrte sich immer entschiedener und wirkungsvoller gegen dessen Praktizierung im Verhältnis zu Rußland.

Vor dem Bundestag erklärte Putin 2001, daß Rußland mit seinen bilateralen Beziehungen nicht anstrebt, Deutschlands Stellung in den bestehenden Zusammenhängen zu beschädigen. „Was die europäische Integration betrifft“, so Putin, „unterstützen wir nicht einfach nur diese Prozesse, sondern sehen sie mit Hoffnung.“ Und hinsichtlich der Beziehungen zu den USA hieß es in der gleichen Rede: „Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Doch bin ich einfach der Meinung, daß Europa sicher und langfristig den Ruf eines mächtigen und real selbständigen Mittelpunkts der Weltpolitik festigen wird, wenn Sie Ihre eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen, mit dem Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotential Rußlands vereinigen würden.“ Unter diesen Bedingungen entwickelte Deutschland den Willen, an dieser Bereitschaft Rußlands anzuknüpfen und die Beziehungen so zu gestalten, daß sie als Trumpf gegen die USA und andere Dritte einsetzbar sind. Priorität besaß dabei nicht das Prinzip des gegenseitigen ökonomischen und politischen Vorteils, sondern einseitiger Positionsgewinn gegenüber Rußland, gegenüber dem wieder aufstrebenden China und gegenüber den westlichen langjährigen Partnern Deutschlands, sprich den USA und der EU. Rußland sollte als Vehikel deutscher Außenpolitik eingesetzt werden. Deutschland wollte Zusammenarbeit in seinem Sinne unter erhöhtem Druck auf Rußland erzwingen. Dazu wurde auch die Einkreisung Rußlands (Osterweiterung von NATO und EU, Stationierung eines US-Raketensystems in Osteuropa nahe zu Rußland, der „Arabische Frühling“, die Aggression gegen Libyen, das Manöver „Defender 2020“) aktiv betrieben.

Weil sich Rußland gegen diese Politik wehrte, sich dabei erfolgreich und wirksam mit der VR China verbündete und der Einmischung der westlichen Mächte in die inneren Angelegenheiten



Erfurt, 23. Mai 1989, Halbleiterproduktion auf Siliziumbasis im Stammwerk des Kombinats Mikroelektronik „Karl Marx“. Das Werk beschäftigte damals etwa 9 000 Menschen, heute arbeiten in einem Nachfolgebetrieb rund 500

zunehmend und mit Erfolg Hürden entgegengesetzte, verschlechterten sich das Klima und auch die Substanz der Beziehungen Deutschlands zu Rußland, vor allem im Bereich der politischen und der nichtökonomischen Beziehungen.

In diesem Zusammenhang wird Deutschland nicht nur als ein Teil des kollektiven Vorgehens gegen Rußland wirksam, sondern tritt zunehmend als Vormann und Koordinator der antirussischen Sanktionspolitik in der EU auf, um einen Kurswechsel in der russischen Außenpolitik zu erreichen und ihn erneut auch auf die Innenpolitik Rußlands zu übertragen. Deutschland verfolgt also mit seiner Politik gegenüber Rußland nicht nur Interessen der USA. Zur Rechtfertigung der destruktiven, von zunehmender Konkurrenz getragenen Haltung Deutschlands gegenüber Rußland wurden Propagandabilder von einem Gegner und sogar einem Feind entwickelt. Die Behauptung, es gebe eine Partnerschaft, deckt die tatsächlichen Ziele und Schritte der Politik nicht mehr. Man war bestrebt, die ökonomisch vorteilhaften Beziehungen zu behalten und sogar auszubauen, und gleichzeitig die Politik der Sanktionen gegenüber Rußland zu praktizieren, Rußland ökonomisch zu schädigen. Das Schüren von Russophobie und antirussischer Propaganda wurde verstärkt und auf dieser Grundlage die „wertegeleitete“ Politik gegenüber Rußland propagiert und praktiziert.

Gemeinsames Konzept

Nach den Jahren 2010 bis 2012 hat die Ausarbeitung einer relativ komplexen außenpolitischen Konzeption der BRD einen Reifepunkt erreicht. Sie findet vor allem in dem Dokument „Neue Macht – neue Verantwortung“ von 2013 und in den Leitlinien bzw. Weißbüchern der Bundeswehr ihren Niederschlag. Bezeichnend ist, daß dieser Prozeß nicht von der Regierung gestaltet wurde. Er wurde von der Generalität eingeleitet und inhaltlich ausgerichtet. Militarisation der Außenpolitik findet also nicht nur durch direkten Einsatz der militärischen Macht anderen gegenüber statt, sondern im aktiven Einwirken auf die außenpolitische Konzeption.

Das erste Weißbuch (Leitlinien) der Bundeswehr wurde 1969 vorgelegt. Darin heißt es, daß der Feind, der Deutschland und

die NATO bedrohe, „die politischen Absichten der Sowjetunion ... und die offensive Struktur ihrer Streitkräfte“ seien. Die NATO habe sich von dem seit 1956 gültigen Konzept der „massiven Vergeltung“ verabschiedet und verfolge jetzt die „flexible response“. Das gebe der politischen Führung die Möglichkeit zu einem „begrenzten Krieg als einer wahrscheinlichen Form einer bewaffneten Auseinandersetzung ... ohne die massive Vergeltung im Falle eines allgemeinen Krieges infrage zu stellen“. Es wurde bewußt ein internationaler Konflikt einkalkuliert, der „den selektiven Einsatz nuklearer Waffen nicht ausschließt“. Dabei wurde die Sowjetunion zu einem Schreckbild und zum Inbegriff von Eroberungsgewalt hochstilisiert. Das erfolgte parallel zur Politik des „Wandels durch Annäherung“.

Man sollte nicht vergessen, daß die konzeptionelle Grundlage für die Bundeswehr und für ihre Ausrichtung schon im Oktober 1950 in der Himmeroder Denkschrift von den Generälen Adolf Heusinger, Hans Speidel, Johann Adolf Graf von Kielmannsegg, Friedrich Foertsch u. a. erarbeitet wurde – allesamt Generalstäbler der faschistischen Armee. Foertsch hatte 1934 den persönlichen Eid der Wehrmachtangehörigen auf Adolf Hitler entworfen. Bis einschließlich 1985 wurde eine Fortschreibung des Weißbuches alle 2 bis 3 Jahre vorgelegt, um die veränderte Lage zu erfassen. Die Grundaussagen blieben erhalten.

Nach dem Abzug der russischen Truppen aus Deutschland wurde 1994 das erste Weißbuch nach der Einverleibung der DDR veröffentlicht. Darin wird direkt darauf hingewiesen, daß die Politik Deutschlands von Interessen geleitet wird. Und schon im Weißbuch von 2006 kommt die Generalität noch vor den Bundespräsidenten (Horst Köhler und Joachim Gauck) und einem Außenminister wie Steinmeier zu der Schlußfolgerung, daß „mit dem Wandel der Bedrohungen ... sich der sicherheitspolitische Wert des Militärs verändert“ hat. Rußland wird nach der Jelzin-Zeit noch als „Partner“ eingestuft, der einen „besonderen Rang“ habe. Aber schon im nächsten Weißbuch der Bundeswehr 2016 gelangen die Militärs zu der Feststellung, daß Rußland „die europäische Ordnung in Frage“ stellt. Jetzt ist Rußland als „Rivale“ eingestuft. Die Verdrängung der Elemente der Kooperation durch zunehmende Konfrontation wird fortgeführt.

Im inhaltlichen und zeitlichen Gleichklang damit wird 2013 eine strategische Studie „Neue Macht – Neue Verantwortung“ von der Stiftung Wissenschaft und Politik und vom German Marshall Fund erarbeitet, finanziert vom Auswärtigen Amt. Daran waren außer Fachleuten aus Wissenschaft und Politik auch Vertreter aller damals im Bundestag vertretenen Parteien, Vertreter aus der Wirtschaft, der Bundeswehr, von sogenannten Denkfabriken, von Medien und Nichtregierungsorganisationen beteiligt.

Interessen des deutschen Kapitals

In dem Dokument wird von „deutschen Werten“, aber auch von „deutschen Interessen“ gesprochen, die jetzt der deutschen Außenpolitik zugrunde liegen. Unter deutscher Wertepolitik versteht man: „Diese Ziele (Menschenwürde, bürgerliche Freiheiten, Partizipation und Rechtsstaatlichkeit) auch in anderen Staaten zu unterstützen, entspricht daher Deutschlands Werten ebenso wie seinen strategischen Interessen“.

Davon ausgehend unterteilt das Papier die anderen Staaten in Partner, Herausforderer und Störer. Rußland wird mit China, Brasilien, Indien, Südafrika (also BRICS) in die Kategorie „Herausforderer“ eingestuft. Gegenüber diesen Staaten wird die Aufgabe gestellt: „Deutsche Außenpolitik muß Herausforderer entweder einbinden, indem es sie zu konstruktiven Handeln bewegt, oder sie einhegen, indem es sie in ihrem Handlungsspielraum einengt.“

Dabei unterstellt man Rußland, daß es sich immer mehr in Gegnerschaft zum Westen definiere, auch um behaupten zu können, Rußland sei ein Gegner. Manche bezeichnen es sogar als Feind. Auch mit der Charakterisierung Russlands als Rivale wird umschrieben, dass man es jedenfalls als Konkurrenten betrachtet. Diese außenpolitische Ausrichtung und Bestimmung des Verhältnisses gegenüber Rußland widerspiegelt eine Entwicklung, die immer deutlicher von der von Klaus Kinkel geforderten „Rückkehr zur Normalität“ abweicht – auch gegenüber Rußland.

Die Kluft zwischen dem friedenspolitischen Anspruch, von dem zwar auch gesprochen, der aber nirgends ausdrücklich formuliert wird, und der Wirklichkeit wird immer größer. Und erneut war es wie in den 60er Jahren eine große Koalition unter Beteiligung der SPD, die die Grenzen für die Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der BRD in diesem Sinne erweiterte.

Dieses Konzept hat auch den Zuspruch des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). In seinen „10 Thesen zur Globalisierung“ die im Mai 2013 veröffentlicht wurden, spricht dieser davon, daß „die weltweite wirtschaftliche Verflechtung ... zu den wichtigsten wirtschaftlichen Erfolgsstrategien Deutschlands (gehört).“ „Internationale Wirtschafts- und Finanzkrisen und zunehmender Protektionismus haben allerdings deutlich gemacht, daß die Globalisierung aktiv gestaltet werden muß.“ Der BDI fordert „eine freiheitliche internationale Ordnungspolitik.“ „Die weltweite Zunahme von Direktinvestitionen sowie der Handel mit Waren und Dienstleistungen machen eine globale Ordnungspolitik unverzichtbar.“ Der BDI fordert direkt zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder auf, wenn er feststellt: „Die sicherheitspolitische Rückendeckung von Handel und Investitionen muß einhergehen mit dem Aufbau von Institutionen und Rechtsstaatlichkeit in anderen Ländern.“ Das gilt generell und auch gegenüber Rußland.

Ergänzend dazu wurde vom heutigen BDI-Präsidenten Dieter Kempf auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2018 festgestellt, daß sowohl die geopolitischen Veränderungen in Asien und die Politik Rußlands als auch der Rückzug der USA eine Bedrohung für ein regelbasiertes System darstellten. In gleicher Richtung gehen auch die Aussagen des ebenfalls 2013 erschienen „Grundsatzpapiers Sicherheit für das Industrieland Deutschland“, in dem der BDI „ein gemeinsames Sicherheitsverständnis und gemeinsame klare Zielvorstellungen von Politik und Industrie“ fordert. Wir haben es in der Zeit um 2013, also nach der Finanz und Weltwirtschaftskrise, mit einer massiven und breiten Beschäftigung

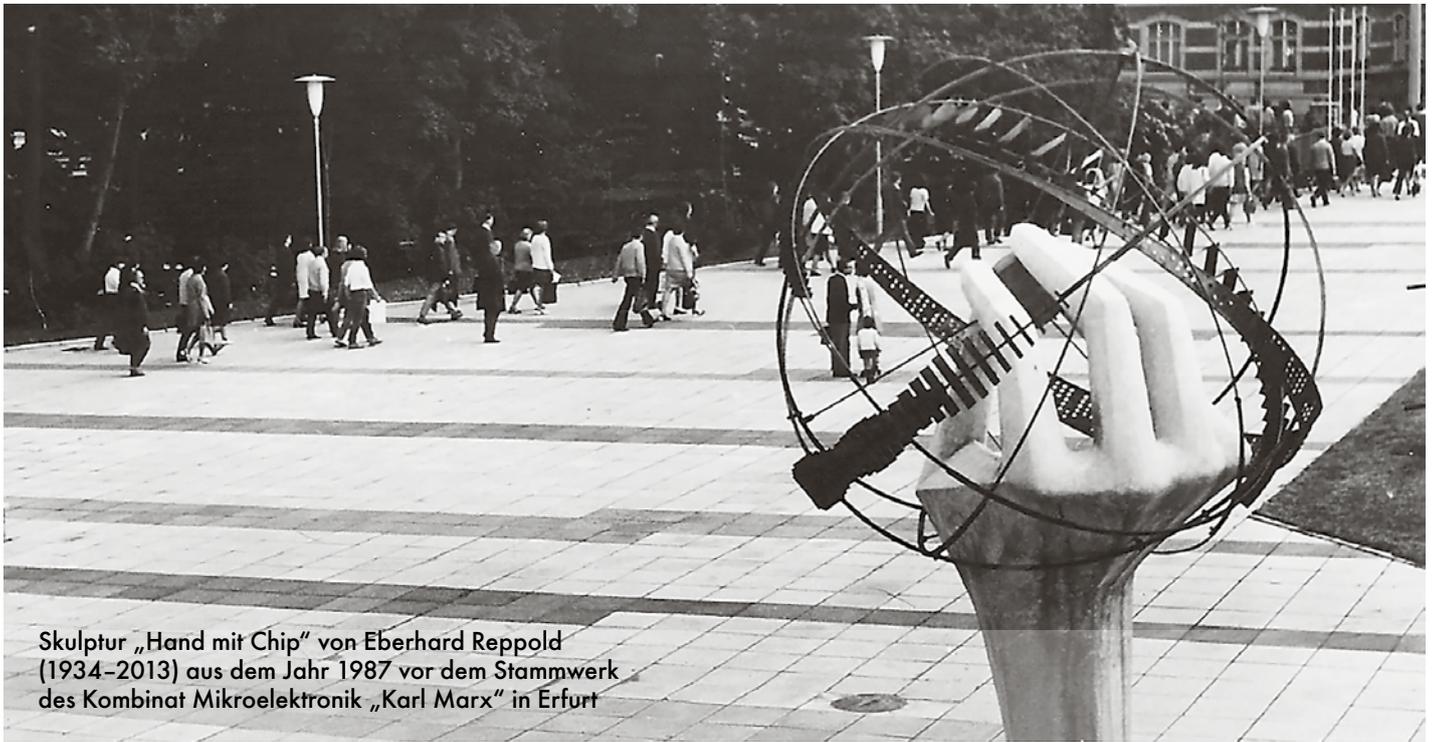


12. März 1978, Leipziger Frühjahrsmesse. Heute hat die Messe ihre internationale Bedeutung für den Handel mit Osteuropa verloren

der Politik, des Militärs und der Wirtschaft mit der Ausrichtung der Außenpolitik der BRD zu tun. Es zeigt sich dabei, daß die Rückkehr der Außenpolitik der BRD zur „Normalität“ nicht nur von einer kleinen politischen Elite getragen wird. Dahinter stehen die Ziele und Interessen des deutschen und mit ihm verbundenen internationalen Kapitals.

Das Triumvirat aus Wirtschaft, Politik und Militär tritt wieder offen und bestimmend bei der außenpolitischen Ausrichtung der BRD auf. Dabei ist auch beachtenswert, daß die Aufgabe der Friedenserhaltung und der gleichberechtigten Zusammenarbeit der Staaten und Völker, die Grundnormen des allgemein-demokratischen Völkerrechts sowie die Nutzung der UNO immer weniger bei der Bestimmung der Ziele und Richtungen dieser Außenpolitik und bei ihrer Umsetzung berücksichtigt werden. Dafür wird erneut das Militär zum legitimen Instrument der Politik bei der Durchsetzung der außenpolitischen Ziele und Interessen erklärt. Die Militarisierung wird zu einem wichtigen Feld auch im Bereich der Außenpolitik. Es geht darum, eine „neue Weltordnung“ zu schaffen, in der Deutschland zunehmend als „bestimmender“ Faktor agieren kann. Die „deutsche Frage“ ist zurückgekehrt. Der damalige Außenminister und jetzige Bundespräsident Steinmeier, Wegbegleiter von Altkanzler Gerhard Schröder, hat 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz als Credo der großen Koalition formuliert: „Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik von der Außenlinie zu kommentieren“. Zwar sagte er: „Der Einsatz von Militär, ist ein äußerstes Mittel“. Aber er sagte damit zugleich, Militär ist (wieder) ein Mittel. Im Koalitionsvertrag 2018 heißt es: „Die Bundeswehr bleibt, wie im Weißbuch 2016 dargelegt, ein unverzichtbarer Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik“. Das ist die „Geschäftsgrundlage“ für die Regierung der Gegenwart und darüber hinaus.

Alle diese Elemente sind auch für das Verhalten gegenüber Rußland gültig, wenn auch nicht gleichermaßen aktuell. Ihnen muß dementsprechend Rechnung getragen werden. Die Formel „Rivale“, „Gegner“ oder „Feind“ hat nur dann einen Sinn, wenn man bereit ist, sie auch mit den Mitteln der Gewalt durchzusetzen. Sieht man sich die Regierungserklärung von 2018 an, so muß man in der Rußlandpolitik der Bundesregierung Kontinuität feststellen. Nach 30 Jahren dieses Irrwegs ist es für alle Linken höchste Zeit, eine eigene Politik der Vernunft zu entwickeln, die den Interessen der Bürger dieses Landes entspricht und Frieden und Sicherheit für die Völker schafft. ■



Skulptur „Hand mit Chip“ von Eberhard Reppold (1934–2013) aus dem Jahr 1987 vor dem Stammwerk des Kombinat Mikroelektronik „Karl Marx“ in Erfurt

Wege und Irrwege – Über den Umgang mit Kunst aus der DDR

Von Peter Michel

In ihrem Roman „Spinnweb. Bilder aus dem Leben der Lea E.“ beschreibt die Malerin und Graphikerin Heide-Marlies Lautenschläger, die von 1990 bis 1998 Mitglied des Landtages in Mecklenburg-Vorpommern war, auf eindrucksvolle Weise ihre Gedanken und Gefühle beim Blättern in einer Liste mit Kunstwerken aus der DDR, die aus der Öffentlichkeit verschwanden. Sie erinnert sich: „Im eigenen Leben liest sie, weiß, wo die Bilder entstanden, sieht Ateliers vor sich, spartanisch meist, Tisch, Stuhl und Liege, Staffeleien zwei, drei ... Es riecht nach Firnis, Öl, Terpentin, nach Rotwein auch und Papieren. Dicke Sträuße von Pinseln stehen in Gläsern bereit ... In Spänen gewatet ist Lea beim Karl, der das Holz vor jedem Schlag mustert, bespricht, umschleicht. Im Stadtpark Neubrandenburg standen Bronzeskulpturen von ihm, auf dem Markt, im Ferienhaus der Gewerkschaft ... Von der frühen Freundin sind auch Werke dabei. Als die Mauer fiel, im Herbst 89, kam ein Sammler zu ihr. Er wollte Ost-Kunst kaufen, ließ sich alle Bilder zeigen, blätterte in Mappen, wühlte in Kästen, war begeistert und suchte aus, haufenweise. Dann nannte er einen Spottpreis. Sie wies ihm die Tür.

Jetzt lehrt sie in Tübingen. ... Von vielen ... hingen Bilder in Häusern für Kinder und Alte, schmückten Wände bei Kranken und Urlaubern, wurden für Betriebe gekauft, für Gaststätten, Schulen, Kulturhäuser, Büros. In den Straßen der Städte stand ihre Plastik, in Grünanlagen oder auf Plätzen. Leute saßen daneben, stellten die Einkaufstasche ab. Kinder turnten daran, die Spatzen machten Pause auf bronzenen Köpfen und ließen ihre Kleckerspuren zurück. Wandbilder gab's außen und innen ... von wem sonst bezahlt als von Parteien und Organisationen? Millionäre waren recht selten im Arbeiter-und-Bauern-Staat ...“ Sie denkt an die Diskussionen im Künstlerverband zurück, an Auftragsvergaben, Stipendien und Ankäufe, an den Besucherandrang in Ausstellungen: „Ja, Brigaden kamen auch, von der Drehbank, vom Acker, aus Büros, aus Schulen. Neugierig waren die Leute, unverstellt, manche begeistert, andere ablehnend, skeptisch ... Zu Hunderten kamen sie jedenfalls. Es war

eine andere Mischung als heute, wo es Vernissage heißt.“ Und sie ruft sich die Atmosphäre ins Gedächtnis zurück, die im Künstlerverband herrschte: „... Leidenschaft auch, im Streit um das Wie und Was, um die Form, die göltige ... Verehrung und Bewunderung, Klatsch und Tratsch, ehrgeiziger Wettbewerb, Vereinzelung oder Zusammenhalt der Kollegen, schwankend alles, doch durch ein Band verbunden, nicht wie jetzt, wo jeder seiner Wege geht und vom andern nichts weiß ...“. Heide-Marlies Lautenschlägers damalige Bemühungen, die aufgelisteten Werke in den Kunstsammlungen ihres Bundeslandes zu bewahren, schlugen fehl. Ihr Antrag an das Landesparlament fand keine Mehrheit. „Die wissen nicht, was sie tun“, sagte eine Abgeordnete ihrer Links-Fraktion zu ihr, und ein anderer: „Doch! ... bei der Elite fängt man an und der Kultur ...“. Dieser Roman erinnert auf sehr persönliche Art an die Nach„wende“zeit mit ihren Vandalenakten gegen Menschen und Kunstwerke. Schon kurz nach der falschen Euphorie, nach dem verlogenen Freiheitsgeschrei, nach illusorischen Verheißungen blühender Landschaften kam Ernüchterung: massenhafte Arbeitslosigkeit, gezielte Verdrängung der künstlerischen und wissenschaftlichen Eliten, Bildersturm, Stasi-Hatz, Demütigungen, Verächtlichmachen von Leistungen, das ganze Repertoire der Eroberer. Abriß des Palastes der Republik und anderer Architekturleistungen. Schändung und Entfernung von Denkmälern und Wandbildern. Verbannung von Bildwerken in die Magazine der Museen. Schließung von Bibliotheken, Theatern, Kulturhäusern und Orchestern. Massenhafte Vernichtung von Büchern usw. Man warf der DDR Kulturbarbarei vor und praktizierte sie selbst. In zahlreichen Presseveröffentlichungen, auch in einer Abrechnung anlässlich des 20. Jahrestages des „Anschlusses“ der DDR an die BRD gab es detaillierte Bilanzen dieses Vernichtungsprozesses. Sie sind erschreckend in ihrem Ausmaß. Auch Suizide gehören dazu. Einiges wird als ewiges Schandmal in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen. Zunächst hatte es nach 1990 in den alten Bundesländern mutige Präsentationen

gegeben, die an Erfahrungen aus dem deutsch-deutschen Kulturabkommen anknüpfen. Später zeigte z. B. die Berliner Neue Nationalgalerie eine umfangreiche „Kunst in der DDR“-Ausstellung mit einer repräsentativen Werkauswahl, in deren Katalog man neben ideologisch intendiertem Unverstand auch Gutes, Eigenständiges, Wahres lesen konnte.

Nun sind weitere Jahre vergangen – und man muß sich die Frage stellen, ob sich überhaupt noch jemand an den Einigungsvertrag von 1990 erinnert, in dem festgelegt war, daß die kulturelle Substanz der neuen Bundesländer keinen Schaden nehmen darf. Auch wenn sich heute die Zeichen der Vernunft mehren, so bestimmt doch nach wie vor der Kapitalismus, wenn er sich auch verschleiern „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ nennt, den Umgang mit Kunst und Kultur. Nicht das gesellschaftliche Gebrauchswerten bestimmt diesen Umgang, sondern die Gesetze des Marktes. Die Diktatur des Geldes beherrscht die Kunstproduktion ebenso wie ihre Konsumtion. Was sich – auch nach Manipulationen – gut verkaufen läßt, ist „in“, auch wenn es künstlerischen Maßstäben nicht entspricht. Was sich nicht rechnet, fällt durch.

„Bilderstreit“

2006 zeigte die Ludwiggalerie Schloß Oberhausen eine Ausstellung unter dem Titel „Deutsche Bilder aus der Sammlung Ludwig“. Bilder aus Ost und West wurden gleichberechtigt auf einer Augenhöhe präsentiert und man konnte sehen, daß die besten, scheinbar so unterschiedlichen Exponate aus den alten und neuen Bundesländern gemeinsame Wurzeln haben, u. a. im deutschen Expressionismus, in der Neuen Sachlichkeit und in der Kunst früherer kunstgeschichtlicher Perioden. Diese Ausstellung, von seriösen Kunstwissenschaftlern konzipiert und gestaltet, war ein wichtiger, gut gemeinter Schritt zur Überwindung des Kalten Krieges auf dem Gebiet der Kunst. Das verführte einige Publizisten dazu, von einem Ende des „Bilderstreits“ zu sprechen.

Doch das war ein Irrtum. 1999 hatte in Weimar die Ausstellung „Aufstieg und Fall der Moderne“ stattgefunden. Diese Horror-Schau war der absolute Tiefpunkt des Umgangs mit Künstlern und ihren Werken. Kunst aus der DDR wurde wie Müll behandelt, während Arbeiten aus der Sammlung Adolf Hitlers freundlicher präsentiert wurden. Es ging um undifferenzierte Entwürdigung, die den Zorn zahlreicher Künstler und Wissenschaftler – nicht nur aus dem Osten Deutschlands – hervorrief. Dem rheinischen Kurator Joachim Preiß wurde ignoranten Unvermögen nachgewiesen; man sprach von einer „Massenexekution“. Im Umfeld dieser Schau bezeichneten andere die nicht in den Westen gegangenen Künstler als „Arschlöcher“ und „Propagandisten der Ideologie“.

Dieser „Bilderstreit“ wurde mit voller Härte auf dem Nürnberger Symposium weitergeführt, das im Sommer 2001 nach einer verbotenen Willi-Sitte-Ausstellung im Germanischen Nationalmuseum stattfand, wo man – ganz im Sinne der Totalitarismuskonzeption – Sitte als „Staatskünstler“ mit Künstlern aus der Nazidiktatur gleichsetzte und das nicht als Diskriminierung begriff. Mit außerkünstlerischen Argumenten wurden (und werden z. T. bis heute) Kunstwerke zensiert. Das war sehr gezielt gelenkt – und der Terminus „Bilderstreit“ verschleierte die Tatsachen, war ein Euphemismus: Es ging nicht um einen fairen Streit gleichberechtigter Widersacher; es ging von Anfang an um Delegitimierung, Verletzungen, Verurteilungen, Kränkungen, Ausgrenzungen und Unterstellungen.

Schon zuvor gab es dagegen Persönlichkeiten, deren Anliegen es war, deutlich zu machen, daß es im zusammengeschobenen Deutschland im Bereich der bildenden Künste – Qualität vorausgesetzt – mehr Gemeinsames als Trennendes gibt. „Bleiben Sie wie Sie sind!“, schrieb der Aachener Kunstsammler Peter Ludwig 1990 an Walter Womacka; fünf Jahre später bestärkte er ihn in einem Geburtstagsgruß: „Haltung besteht darin, zu seiner Leistung und zu seinem Werk zu stehen.“ Später warnte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Eröffnung einer Gerhard-Kettner-Ausstellung in Dresden davor, staatsnahe Künstler, die in der DDR wirkten, zu verurteilen.



Berlin, 1. Dezember 1951, Eröffnung der Ausstellung „Künstler schaffen für den Frieden“. Von links: Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und der Maler Otto Nagel, Präsident der Akademie der Künste

Der Kalte Krieg ging jedoch weiter. In der 2009 im Berliner Gropiusbau eröffneten Ausstellung „60 Jahre – 60 Werke“ anlässlich des Jubiläums des Grundgesetzes wurde kein einziges in der DDR entstandenes Werk gezeigt. Das Kuratoriumsmitglied Siegfried Gohr schrieb in der Zeitung „Die Welt“ vom 2. Juni 2009: „Wer vermißt eigentlich diese zeitgebundenen, situationsbedingten und oft epigonalen Werke? ... Warum sind die Werke von Künstlern, die in eine menschenverachtende Diktatur verstrickt waren oder ihr aktiv gedient haben oder als Alibi von Nutzen waren, so wichtig? ... Die Ausstellung ... beweist Gott sei Dank, dass die ‚DDR-Kunst‘ wirklich nur ein Nebenkriegsschauplatz ist.“ Hier wird es offen ausgesprochen: Es ging also um Kriegsschauplätze.

Eröffnet wurde diese skandalöse Schau von der aus der DDR stammenden Bundeskanzlerin Angela Merkel. Und ein Kurator setzte dem Ganzen die Krone auf: Kunst könne nur in Freiheit gedeihen. In der DDR habe es keine Freiheit gegeben – also auch keine Kunst. Der Schriftsteller Christoph Hein schrieb damals einen zornigen Brief an die Bundesregierung: „Die Bilder und Graphiken, die Skulpturen und Installationen, die in der Zeit der DDR und im Herrschaftsbereich dieses untergegangenen Staates entstanden, sollen nach dem Wunsch des Kurators wie ‚ein hässlicher Regentropfen der Geschichte rasch verdunsten‘. Was für eine Sprache! Ich will sie keineswegs mit der Sprache jener anderen Richter gleichsetzen, die einst eine ‚entartete Kunst und entartete Künstler‘ zu vernichten suchten. ... Aber die Haltung dieser Kunstrichter ist die gleiche, der Wunsch und das Ziel, sie sind deckungsgleich: ausmerzen, ausradieren, verdunsten.“ Ob Christoph Hein eine Antwort erhalten hat, ist nicht bekannt.

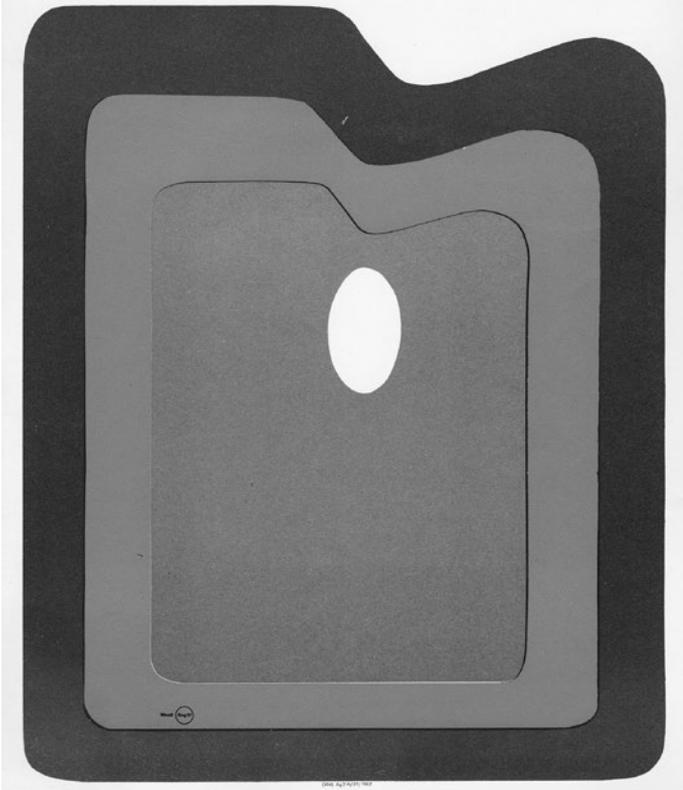
Souveränität versus Kleingeisterei

Seit etwa einem Jahrzehnt mehren sich Beispiele eines achtungsvolleren Umgangs mit in der DDR entstandener Kunst. Menschen engagieren sich, die klüger und sensibler sind als viele „Aufarbeiter“ und Meinungsmacher. Es sind Museumsleute, Restauratoren, Mitglieder von Kunstvereinen, Mäzene, ein forderndes Museumspublikum, vernünftige Kommunalpolitiker, Kunstwissenschaftler und Journalisten, die sich nicht damit abfinden, daß der Osten Deutschlands einschließlich seiner hochdifferenzierten Kunst dreißig Jahre nach dem in Endlosschleifen umjubilenden „Mauerfall“ noch immer nicht in der deutschen Einheit angekommen ist. Mancher dieser Versuche blieb halbherzig und war, vor allem wenn jüngere oder importierte Wissenschaftler am Werke waren, von Unkenntnis und anerzogenen Vorurteilen geprägt. Doch jeden Ansatz, auch wenn er hilflos erscheint, sollte man ernst nehmen.

Im Rahmen eines Verbundprojekts „Bildatlas: Kunst der DDR“ wurden 2012 drei Ausstellungen mit Werken aus der DDR gezeigt: in Weimar „Abschied von Ikarus. Bildwelten in der DDR – neu gesehen“, in Erfurt „Tischgespräch mit Luther“ und in Gera „Schaffens(t)räume

VI. Deutsche Kunstaussstellung Dresden 1967

Albertinum/Brühlsche Terrasse
vom 1. Oktober 1967 - 31. Januar 1968
Malerei / Grafik / Plastik /
Gebrauchsgrafik / Kunsthandwerk /
Industrieformgestaltung



Plakat zur VI. Deutschen Kunstausstellung 1967

... „In Erfurt wurde überzeugend demonstriert, wie Künstler in der DDR biblische Themen für Aussagen zu den Widersprüchen der Gegenwart nutzten, wie sie damit das Miterleben und Mitdenken des Publikums provozierten, ohne selbst religiös gebunden zu sein. Diese Ausstellung bereitete mit ihrer wohldurchdachten Auswahl und ausgezeichneten Hängung auch einen ästhetischen Genuß. Zu den Höhepunkten gehörten Werke von Uwe Pfeifer, Bernhard Heisig, Horst Sakulowski und Fritz Cremer.

Heidrun Hegewalds großformatiges Gemälde „Mutterverdienstkreuz in Holz“ fordert heute mit seiner schonungslosen Symbolik des Schmerzes genauso den Schutz des Lebens ein wie zur Zeit seiner Entstehung 1979. Und Christoph Wetzels doppelsinniges Ölgemälde „Das Jüngste Gericht“ stellt voller Nachdruck die Frage, welche Welt wir der jungen Generation hinterlassen. Solche eindringlichen Kunstwerke sollten aus der Stille der Depots geholt werden und wieder ständig präsent sein. Die in Gera gezeigten Atelierbilder und Selbstbildnisse waren – wie in Erfurt – mit kunstwissenschaftlicher Solidität ausgewählt. Die Entstehungszeit der Werke lag z. T. Jahrzehnte auseinander, so daß auch Entwicklungsphasen deutlich wurden. Bilder von Hubertus Giebe, Bernhard und Johannes Heisig, Willi Sitte, Wolfgang Peuker und anderen bestimmten das hohe Niveau dieser Bilderschau.

Im Katalog war richtig zu lesen, diese Kunst sei integrativer Bestandteil zeitgenössischer Kunstproduktion in der Kunstgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts und werfe „ein Licht auf die Vielschichtigkeit, die intellektuelle Autonomie und die selbstbewusste Eigenbehauptung einer in der DDR ausgeprägten, ausdrucksstarken Kunstsprache.“ Solche souveränen Formulierungen waren damals noch nicht selbstverständlich, nehmen aber in der Gegenwart zu. Die Weimarer Ausstellung blieb hinter den beiden anderen weit zurück. Sie litt daran, daß ihre Konzeption zwischen soziologischem

und kunstwissenschaftlichem Herangehen hin und her schwankte. Dem Publikum fiel das auf. Im Besucherbuch war zu lesen: „Wenn das eine Ausstellung zur Kunst der DDR sein soll, dann bin ich der liebe Gott. Wer trifft denn eine derartige Auswahl?“ Oder: „Wieder mal eine tendenzielle Darstellung der DDR-Verhältnisse. Schade!“; „Es heißt ja immer: Mach Dir ein Bild. Hier wurde mir ein Bild gemacht.“; „Bitte noch mal und dann besser!“ Die Auswahl wurde von westlichen Soziologen bestimmt. Es fehlte ein Gespür für Qualität. Der Maler Ronald Paris war – wie auch andere – froh, in dieser Ausstellung nicht vertreten zu sein.

Ein Jahr später zeigte er in der Ausstellung „Lebenswerke“ im Potsdam-Museum seine Gemälde. Sie war Teil einer Werkschau von Kunstpreisträgern des Landes Brandenburg. Hier bestimmten Künstler den Gesamteindruck, die ihren Weg in der DDR begonnen hatten und in diesem Bundesland lebten, darunter Bernhard Heisig, Sabina Grzimek und Werner Stötzer. Das war ein Zeichen des ständig wachsenden Selbstbewußtseins im Umgang in der DDR entstandener Kunst. Man ließ die Werke sprechen.

Ein neuer Souverän

Wie eine Heimkehr war auch die Ausstellung „Sonnensucher“ mit Werken aus der umfangreichen Kunstsammlung der SDAG Wismut, die 2014 in Gera stattfand. Sie entsprach ganz und gar nicht der zum Teil jetzt noch existierenden Deutungshoheit dünkelfhafter importierter oder aus der gewendeten Bürgerrechtsbewegung stammender „Experten“, die sich anmaßen, über die Geschichte der Künste in der DDR zu urteilen. Wenn von „Auftragskunst“ die Rede war, ging es bei ihnen um Deklassierung, um die Diffamierung von „Staatsmalern“. Solche Dummheiten waren politisch gewollt. Doch in der Kunstgeschichte wird in der Regel nicht danach gefragt, ob ein Werk im Auftrag entstand oder ob sich der Künstler mit irgendwem „verstrickte“. Entscheidend blieb immer die künstlerische Substanz. Den Vereinfachern war zu empfehlen, sich mit der Geschichte der Auftragskunst zu beschäftigen, z. B. mit dem jahrhundertelangen Auftraggeber Kirche, mit der Dynastie der Medici, den Königshäusern. Stets war es der Souverän, der den größten Einfluß auf die Künste nahm. In der DDR gab es einen neuen Souverän.

Einer der potentesten Auftraggeber war die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut, die 1954 aus der SAG Wismut entstanden war. Sie gehörte nach der UdSSR, den USA und Kanada zu den größten Uranproduzenten der Welt. Bis zur Einstellung der Uranproduktion 1990 verfügte sie auch in den Bereichen von Kultur und Kunst über beträchtliche finanzielle Mittel und legte damit die größte Kunstsammlung aller volkseigenen Betriebe an. Im Fundus der jetzigen Wismut GmbH befinden sich heute 4 209 Werke von 450 Künstlern, darunter etwa 250 Gemälde. Die Hälfte der Werke dieser Sammlung entstand in direktem Auftrag, etwa 40 Prozent wurden angekauft. Der Rest besteht aus Schenkungen oder aus Werken, die der SDAG Wismut als Dank für die Teilnahmemöglichkeit an Pleinairs überlassen wurden. In den mehr als vierzig Jahren seines Bestehens beschränkte sich dieser Auftraggeber nicht auf Themen oder Bildstoffe, die direkt mit seiner Produktion zu tun hatten. Diese Öffnung über den eigenen Kreis hinaus zeigt, wie eng die Verantwortlichen mit dem lebendigen Kunstprozeß verbunden waren. Auftraggeber dieser Art sind heute selten.

Ein eigenes Urteil bilden

Als 2017 die Ausstellung „Hinter der Maske“ im Potsdamer Museum Barberini eröffnet wurde, waren die Erwartungen groß. 1983, also schon mehr als dreißig Jahre zuvor, hatte der damalige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, die Präsentation von Werken aus der DDR im Schloß Oberhausen begrüßt als „einen weiteren Akt des Türöffnens. ... Kunst unserer Zeit braucht offenes Denken, offene Augen und offene Wege, damit sie uns nahekommt.“ Bis 1989/90 waren dieser Ausstellung zahlreiche weitere gefolgt. Danach wurde die Tür heftig zugeschlagen. Das Nach„wende“deutschland begriff nicht, welcher Schatz ihm

mit der bildenden Kunst der DDR in den Schoß fiel. Dieses Kulturgut wird bis heute von vielen jongliert wie eine heiße Kartoffel. Der Maler Johannes Heisig erinnerte sich daran, „daß wir im Westen gefragte Gesprächspartner waren, solange das Land noch geteilt war. ... Nach der Wiedervereinigung erlosch das Interesse an den Ostlern schlagartig. ... Die große Chance, mit derselben Sprache die so unterschiedlichen Entwicklungen gemeinsam aufzuarbeiten, ist komplett verpasst worden“. Doch es gab im Museum Barberini wieder einen Versuch, eine Gesamtschau zusammenzustellen, die viele Facetten berücksichtigt. Der Software-Unternehmensgründer und Förderer der Wissenschaft Hasso Plattner, der die Ausstellung „Hinter der Maske“ initiiert hatte und zu einem großen Teil aus seiner Sammlung bestritt, bekannte, die Bilder von Tübke, Mattheuer und anderen hätten ihn fasziniert: „Ich verstehe nicht, warum sie in den Museen auch heute nach vielen Jahren immer noch kaum vertreten sind. Deshalb wollte ich ihnen ein Forum geben. Zweitens habe ich mit meinem neuen Museum Barberini bewußt einen Schwerpunkt auf die Kunst der DDR gesetzt, weil ich finde, daß die Menschen dort während der DDR-Zeit benachteiligt waren und nach der Wende nochmals ungerecht behandelt wurden.“ Bei allen Einwänden, die man vor allem wegen sehr tendenziöser, zum Teil von peinlicher Unkenntnis geprägter Begleittexte haben konnte, war auch hier die Begegnung mit den Kunstwerken wie eine Rückkehr nach Hause. Die Galeriebilder des Palastes der Republik waren zu sehen, und zahlreiche Gemälde und Plastiken riefen lebendige Erinnerungen hervor. Frank-Walter Steinmeier hatte in seiner Eröffnungsrede gegen das Fehlurteil Stellung genommen, man könne in der DDR entstandene Kunst „nicht verstehen oder einordnen, ohne immer sofort ihren Bezug zu Staat und Gesellschaft zu bestimmen.“ Er plädierte nachdrücklich dafür, Werken ihre Gültigkeit „aus sich heraus“ zu lassen, sie „eben als Kunst“ wahrzunehmen. Solche Statements darf man sicher nicht überbewerten. Doch sie häufen sich.

Ertrotzt, nicht geplant

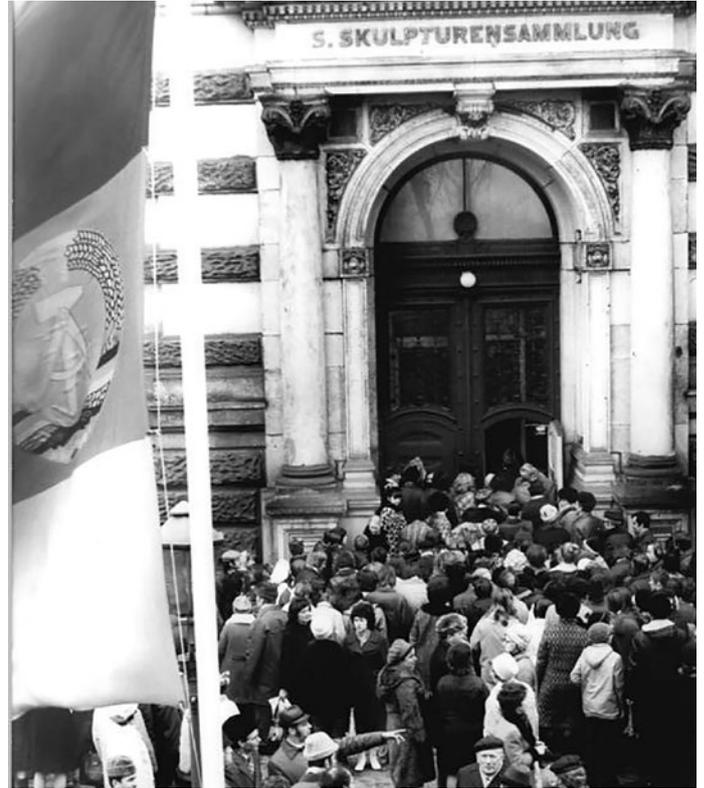
In der Dresdener Galerie Neue Meister ist die Hoffnung auf einen vernünftigen Neuanfang nach der „Entsorgung“ der Kunst aus der DDR ins Depot nur zum Teil aufgegangen. Die hochemotionale Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden während einer öffentlichen Diskussion im Lichtsaal des Albertinums am 6. November 2017 machte den Unmut des Publikums deutlich – bis hin zur Feststellung, daß neue Direktoren, die kein offenes Verhältnis zur Kunst aus der DDR haben, fehl am Platze sind. Seit Jahrzehnten mit diesem Museum verbundene Besucher fanden sich in heftigen Wortwechseln nicht mit vollzogenen Tatsachen ab.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurde schließlich am 15. Juni 2018 eine „Bestandspräsentation“ mit dem Titel „Ostdeutsche Malerei und Skulptur 1949–1990“ eröffnet, eine Auswahl aus dem Depot, geordnet nach den Zeitpunkten der Erwerbungen. Gezeigt wurden 114 Werke, darunter die Plastik „Nike“ von Baldur Schönfelder, Willi Neuberts Gemälde „Schachspieler“, Werke von Wolfgang Mattheuer, das Bild „Dresden 84“ von Siegfried Klotz, einem Maler, der die Dresdener Maltradition in der jüngeren Generation am konsequentesten weiterführte, Werke von Angela Hampel, Werner Tübke, Konrad Knebel und anderen. Auch Willi Sittes Mehrtafelbild „Die Überlebenden“ von 1963 war wieder zu sehen, das in der „Wende“-zeit vom damaligen Direktor Horst Zimmermann in vorausseilendem Gehorsam ins Depot verbannt worden war. Nach dem 7. Januar 2019 schloß diese Ausstellung wieder. Sie hatte keinen eigenen Katalog. Und man darf gespannt sein, wie die Galerie Neue Meister in der Zukunft mit ihrem reichen Erbe aus der DDR umgeht.

In den Staatlichen Museen Schwerin wurde 2018 unter dem Titel „Hinter dem Horizont“ eine beeindruckende, mit Verstand und Gefühl vorbereitete Ausstellung aus dem reichen Bestand mit Kunst aus der DDR gezeigt. Im Mittelpunkt standen Thomas Zieglers freundlich-ironisches Mehrtafelbild „Sowjetische Soldaten“ und

Heidrun Hegewalds Ganzkörperporträt „Die Rosa“. Der selbstbewußte Umgang mit Kunst aus der DDR hat dort Tradition, ebenso wie in der Kunsthalle Rostock. In den vergangenen Jahren fanden dort wichtige Ausstellungen statt mit Werken von Willi Sitte, Fritz Cremer, Jo und Inge Jastram, Wolfgang Mattheuer und anderen; erst kürzlich wurde in einer dokumentarischen Schau die Erinnerung an den Palast der Republik wieder lebendig.

In den letzten zehn Jahren gab es an vielen Orten Ostdeutschlands Überblicks- und Personalausstellungen, die Stationen auf einem Weg waren, Kunst aus der DDR aus der ihr nach 1989/90 zugewiesenen Schmutzdecke zu holen. Das Kunstmuseum Moritzburg Halle bindet Werke von Künstlern aus der DDR ganz selbstverständlich



Dresden, 6. März 1973: Seit Eröffnung herrscht riesiger Ansturm auf die VII. Kunstausstellung der DDR.

in seine Schau „Wege der Moderne“ ein, die von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart reicht. Natürlich bleiben angesichts solcher Entwicklungen Angriffe von rechts, von Delegitimierern und Ewig-Gestrigen nicht aus. Die Souveränität, mit der Museumsleute, ein gebildetes Publikum der älteren Generation und wißbegierige jüngere Kunstwissenschaftler darauf reagieren, ist beeindruckend. Auch Kunsthistoriker wie Eduard Beaucamp und Gisela Schirmer aus den alten Bundesländern, April Eisman aus den USA oder Jean-Raoul Moulin aus Paris gehören dazu.

Notbremse

Da wirken solche Ausstellungen wie „Point of No Return“, die bis zum 3. November 2019 im Museum der bildenden Künste Leipzig stattfand, für manchen schon antiquiert. Es gab ein Übergewicht nonkonformer Künstler, bei denen man – bei allem Bemühen um Toleranz ihren Ambitionen gegenüber – den Formzerfall beobachten kann, wenn sie psychische Zustände zornig oder in tiefen, auf das Ich konzentrierten Stimmungen auf unterschiedlichste Art äußern. Wo z.B. in Heidrun Hegewalds Kunst eine Poetisierung des Intellekts herrscht, ging es hier um ein Austreiben des Erkenntnisvermögens, um eine absolute Dominanz des Subjektiven, um eine nebulöse Selbstentäußerung. Da herrschte oft Arglosigkeit gegenwärtigen und kommenden Entwicklungen gegenüber, gleichzeitig fehlende Zuversicht, gepaart mit einem törichten Modernismus. Nur ganz

selten schien zwischen solch Introvertiertem, manchmal Provokantem, Aufgeregtem eine schlichte, einfachen Dingen zugewandte Poesie hervor. Natürlich war es gut, Werken von Dieter Bock, Hartwig Ebersbach, Walter Libuda und anderen wieder zu begegnen, die schon in der X. Kunstausstellung in Dresden 1987/88 zu sehen waren, und es gab auch hier Höhepunkte mit Werken von Doris Ziegler, Bernhard und Johannes Heisig, Willi Sitte und Joachim Völckner. Doch die ganze Ausstellung wirkte wie eine Notbremse innerhalb einer hoffnungsvollen Entwicklung. Der Anspruch, ein neues Wertesystem, einen neuen Kanon bei der Beurteilung von Kunst aus der DDR anzuregen, war ein Denkfehler.

Die Ausstellung verbreitete Trostlosigkeit, Pessimismus, Verunsicherung. Sie kamen wieder hoch, die Hoffnungen und Täuschungen der „Wende“ in einer schlimmen Zeit des Niedergangs. Die Ausstellung ließ darüber nachdenken, dass die „friedliche Revolution“ so friedlich nicht war. Es fielen keine Schüsse, aber Biografien wurden gestohlen, Existenzangst, Perspektivlosigkeit überschütteten wie eine gewaltige Welle die Menschen. Das Freiheitsgeschrei erwies sich als dummdreiste Lüge, künstlerische Freiheit verkam zur Maßstablosigkeit. Mancher Besucher stand deshalb ratlos vor Dingen, die er nicht verstand, zuckte die Achseln und verließ das Museum enttäuscht.

Emotionen haben ein Gedächtnis

In seinem Geleitwort zur Ausstellung „Utopie und Untergang“, die im Kunstpalast Düsseldorf bis zum 5. Januar 2020 zu sehen war, schrieb Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier u. a., es gehe darum, kritisch und selbstkritisch zu sehen, wie Kunst aus der DDR in der Bundesrepublik angesehen und rezipiert worden ist. Kunst sei zuallererst ein Ausdruck des Individuums, seiner ganz eigenen, kreativen Deutung der Welt und des Lebens; sie sei aber auch ein Spiegel der Zeit. Man solle Kunst jedoch nicht auf ihre politisch-gesellschaftliche Bedeutung reduzieren.

Das sei ein Fehler gewesen, den die westdeutsche Seite in der Vergangenheit in Bezug auf die Kunst in der DDR gemacht habe. Es gelte, einen neuen, gerechten Blick auf die in der DDR entstandene Kunst zu werfen. Das klingt einleuchtend. Aber diesen Anspruch löste die Exposition nicht ein. Selbstkritik hielt sich sehr in Grenzen, die „Fehler der westdeutschen Seite in Bezug auf die Kunst der DDR“ wurden kaum benannt, setzten sich in einer Reihe von Katalogtexten fort und der „neue, gerechte Blick“ drang nur stellenweise durch den ideologischen Nebel.

Zwar wurde die Absicht betont, unvoreingenommen über Kunst aus der DDR zu urteilen, doch was kann man von Menschen erwarten, die mindestens drei Jahrzehnte Dauerberieselung mit Schlagworten wie „Unrechtsstaat“, „Stasi“, „Mauer“, „verkrusteter Machtapparat“ o. ä. hinter sich haben – Denkmuster, die auch nach der angeblichen deutschen Einheit den Kalten Krieg ungebrochen fortsetzen? Dient es den Kunstwerken, wenn man sie immer wieder als Zeugnis des „Widerstands gegen die Machtmechanismen der DDR“, also als politisches Vehikel benutzt? Die Kulturpolitik der DDR hatte ihre Fehler, aber sie war eben nicht nur „restriktiv“. Sie sorgte dafür, daß viele Bürger die Künste als Lebensmittel begriffen; „Kunst war wie Brot“ überschrieb Gunnar Decker einen Artikel über einen Brasilianer, der Kunst aus der DDR sammelte.

Die Kulturpolitik vermittelte Künstlern das Gefühl, gebraucht zu werden, und sorgte dafür, daß sie von ihrer Arbeit leben konnten. Mit Hilfe vieler Kunstschaffender kam die schädliche Formalismusdebatte spätestens in den Siebzigerjahren zum Erliegen. Manche waren damit nicht zurechtgekommen, aber eben nur manche. Im Titel der Ausstellung wird suggeriert, die Kunst aus der DDR sei untergegangen. Das ist sie nicht. Sie lebt weiter und hat in der Gegenwart ihre geistige Funktion nicht verloren, auch wenn im Katalog das Gegenteil behauptet wird. Noch immer vermittelt sie ein humanistisches Menschenbild, das ungeachtet salbungsvoller Reden in den aktuellen gesellschaftlichen Zuständen zunehmend verloren zu gehen droht. Die Wirkung dieser Kunstwerke reicht

bis ins Jetzt, wenn man sie denn wirken läßt. Mutige Beispiele dafür gibt es genug. In einem der einführenden Essays des Kataloges wird richtig festgestellt, daß „auch im Osten Deutschlands die Kunst durch Vielfalt und Heterogenität geprägt war. Dies ist für viele überraschend – gerade im Westen.“ Uns, die wir mit ihr gelebt haben, überrascht es nicht.

Die Auswahl der ausgestellten Werke von 13 Künstlern gestattete keinen Überblick, aber immerhin einen Einblick. Und wer sehen konnte, dem müßten bei vielen die Widersprüche zwischen der Wirkung der Kunstwerke und den Absichten der Begleittexte aufgefallen sein. Bei aller Kritik an dieser Düsseldorfer Ausstellung war sie doch ein Versuch, dreißig Jahre nach der „Wende“ im Westen Deutschlands wieder eine größere Schau mit Kunst aus der DDR zu zeigen. Andere Ausstellungen in den neuen Bundesländern haben da schon mehr geleistet. Am Ende eines einführenden Textes wird im Katalog formuliert, es sei „dreißig Jahre nach dem Mauerfall höchste Zeit ..., Moralisierungen, klare Grenzziehungen, binäre Modelle von Identität sowie einen bürgerlichen Kunstbegriff mit Bezugnahme auf die bildende Kunst der DDR grundlegend zu überdenken.“ Das sollte man wirklich tun.

Werke aus der X. Kunstausstellung der DDR in Dresden haben bei vielen Menschen aus dem damaligen Millionenpublikum Eingang in das imaginäre Bildgedächtnis gefunden. Das konnte man auch bei den Besuchern der am 12. Januar 2020 in der Städtischen Galerie Dresden leider zu früh geschlossenen Ausstellung „Ende der Eindeutigkeit“ beobachten. Die „Zehnte“ liegt nun schon mehr als dreißig Jahre zurück. Es ist vor allem die ältere und mittlere Generation, die mit solchen noch lebendigen Erinnerungen Gefühle von Verlust, Sehnsüchten und Wünschen nach Wiederbegegnung verbindet.

Auch Emotionen haben ein Gedächtnis, und je öfter sie aufgewühlt oder gar verletzt werden, umso tiefer graben sie sich ein. Kunst aus der DDR gehört auch heute zur kulturellen Identität. Jeder Schritt zur Wiederbegegnung mit dieser Kunst ist notwendig und überfällig. Wer die deutsche Einheit hochjubelt, sollte das nicht vergessen. Die Vermutung jedoch, es sei geplant, die X. Kunstausstellung zu rekonstruieren, ist eine unrealisierbare Wunschvorstellung. Eine Rekonstruktion aller Bereiche dieser Ausstellung ist aus mehreren Gründen nicht möglich; der Aufwand wäre zu riesig: man müßte das Albertinum noch einmal aus- oder umräumen, was nicht zumutbar ist; die abgerissene Ausstellungshalle am Dresdener ehemaligen Fußkplatz, in der alle angewandten Künste – einschließlich der architekturbezogenen Kunst – gezeigt wurden, müßte anstelle der nun dort stehenden „Gläsernen Manufaktur“ des VW-Konzerns wiedererrichtet werden.

Der Weg, den die Städtische Galerie Dresden ging, war der einzig richtige. Aus dem riesigen Konvolut von Gemälden etwa ein Zehntel so auszuwählen, daß unterschiedlichste Haltungen und stilistische Herangehensweisen deutlich werden, ist eine Herausforderung, die von den Dresdener Museumsleuten überzeugend gemeistert wurde. Natürlich vermißte mancher Besucher dieses oder jenes Werk. Doch unter den gegebenen räumlichen Bedingungen war zunächst nichts Anderes möglich. Wenn man durch diese Ausstellung ging, war das wie eine Heimkehr. Es stellt sich ein Staunen über die Substanz ein, die in der Kunst der DDR herrschte.

Sie fällt besonders ins Auge angesichts der ewig gleichen, am Ende langweiligen Begegnungen mit derzeitiger „Weltkunst“ in den europäischen Museen. Der Nuancenreichtum, der nicht nur die bildnerischen Verhältnisse innerhalb der einzelnen Werke, sondern auch die Beziehungen zwischen ihnen bestimmt, wurde wieder erlebbar. Ein Satz, den man in der Kasseler „documenta“ 1977 vor den Arbeiten von Künstlern aus der DDR des Öfteren hören konnte, fiel einem wieder ein: „Die können ja noch malen!“ Ja, sie konnten es. Wer sich nach 1989/90 treu blieb und noch am Leben ist, kann es auch heute. Da waren in der Städtischen Galerie Dresden die Intensität der fast monochromen Malerei von Lothar Böhme und die am Verismus eines Otto Dix orientierte Bildkunst Clemens Gröszers zu sehen.



Dresden, 1. Juli 1987: Die Auswahlkommission Plastik für die X. Kunstausstellung tagt mit (von links) Friedrich B. Henkel, Jo Jastram, Helmut Heinze und Bernd Göbel. In der Ausstellung waren 2700 Werke von 1850 Künstlern zu sehen

Die Expressivität der künstlerischen Handschrift bei Hartwig Ebersbach, Jürgen Wenzel, Angela Hampel, Johannes Heisig, Neo Rauch, Eberhard Göschel und anderen beeindruckte wie Jahre zuvor. Einen einfühlsamen, ausdrucksstarken, stets individuell geprägten Realismus bei Willi Sitte, Harald Metzkes, Ulrich Hachulla, Wolfgang Peuker, Arno Rink und vielen anderen konnte man wieder erleben, Heiteres und Nachdenkliches bei Gerhard Schwarz, Dieter Gantz und Werner Juza. Gleichnishaftigkeit und Bezüge zur antiken Mythologie forderten bei aller Klarheit der Bildsprache besonders bei Heidrun Hegewald, Wolfgang Mattheuer und Uwe Pfeifer wieder zum Nachdenken heraus. Nicht umsonst sprach man in der DDR-Kunstwissenschaft vom „dialogischen Prinzip“. Der Rezipient wurde nicht belehrt; man nahm ihn ernst und suchte über das Kunstwerk das Gespräch mit ihm. Das „Ende der Eindeutigkeit“ setzte weit früher ein, als im Ausstellungstitel angedeutet. Wenn man „Eindeutigkeit“ mit äußerlich plakativem, agitativem Schaffen gleichsetzt, so war sie spätestens mit dem Abklingen der Formalismuskritik zu Ende. Eindeutig sind die humanistischen Botschaften der Werke jedoch bis heute, auch wenn man es vielleicht wieder lernen muß, sie zu entschlüsseln. Wer sich an die Diskussionen in der „Zehnten“ erinnert, der wird daran denken, welch wißbegieriges, kluges Publikum es dort gab.

Ausblick

Auch die Kunstmuseen in Cottbus und Frankfurt (Oder) setzen ebenso wie kleinere Galerien immer wieder Zeichen der Vernunft. Erst im Mai 2020 wurde in der Rathauhalle Frankfurt (Oder) eine sehr gut besuchte Ausstellung beendet, die den Titel „Der sachliche Blick in der DDR“ trug. Jeder, der sich in der Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts ein wenig auskennt, verbindet mit diesem Titel sofort Gedanken an die „Neue Sachlichkeit“ und den „Verismus“ der Zwanzigerjahre. Sie gehörten zum selbstverständlichen Erbebezug im Schaffen vieler Künstler.

Die 80 Bilder und Plastiken von 48 Künstlern repräsentierten keine einheitliche stilistische Haltung, aber bei aller Differenziertheit hatten sie etwas Gemeinsames: einen kritischen Bezug zur Realität und die gleichzeitige Verankerung in einer akademisch-handwerklichen Tradition des Gegenständlichen. Es war ein Genuß, sie wieder zu entdecken: Selbstbildnisse von Monika Geilsdorf, Erich Gerlach, Rudolf Nehmer und Curt Querner, veristische Malereien von Harald K. Schulze und anderen. Uwe Pfeifers Werke, die sich gegen wachsendes Konsumdenken, Spießertum, Verantwortungslosigkeit der natürlichen Umwelt gegenüber, gegen Entfremdung und Tristesse richten, sind heute ebenso aktuell wie

früher. In den scheinbaren Bilderrätseln von Wolfgang Mattheuer prallen Gesellschaftliches und Privates aufeinander. Alle diese Werke wurden von den Kuratoren mit kunstwissenschaftlicher Akribie ausgewählt und präsentiert.

Im Umgang mit Kunst aus der DDR gab es in den vergangenen dreißig Jahren ein ständiges Auf und Ab. Vieles ist unwiederbringlich verloren, nicht nur der Palast der Republik, auch das so genannte „Ahornblatt“ und das Außenministerium in Berlin mit seinen einmaligen Wandbildern von Walter Womacka. Doch andere Leistungen der architektonischen Moderne der DDR wurden mit Hilfe von Denkmalschützern gerettet, z. B. der Kulturpalast in Dresden, der modernisiert wurde und dessen Erscheinungsbild im Stadtumfeld erhalten blieb.

Die positiven Beispiele mehren sich: Die kleine Fassung von Jürgen Raues Plastik „Befreiung“, die in mehrere Teile zerlegt worden war, wurde durch eine Solidaritätsaktion der GBM geschützt, restauriert und in einem Jugendzentrum in Potsdam wieder aufgestellt. Der Stadtkern von Eisenhüttenstadt mit seinen architektonischen und bildkünstlerischen Werken steht unter Denkmalschutz; die dortige Städtische Galerie zeigt immer wieder Ausstellungen mit Werken von Künstlern aus der DDR. Zwei große Wandgestaltungen Walter Womackas in Berlin wurden vorbildlich restauriert. Gerhard Rommels plastisches Ensemble zur Ehrung der „Roten Kapelle“ steht wieder am alten Standort in Gosen. Das Kunstarchiv Beeskow mit seiner umfangreichen Sammlung von Kunst aus der DDR leistet eine aktive Forschungs- und Präsentationsarbeit. Der Pfarrer Martin Weskott und der Schauspieler Peter Sodann retteten Tausende Bücher vor der endgültigen Vernichtung. In Thale wurde ein demontiertes Wandbild von Willi Neubert wieder im öffentlichen Raum angebracht; der Maler ist Ehrenbürger dieser Stadt. In Neubrandenburg wurde ein Marx-Denkmal der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht; gegenwärtig gibt es dort Bemühungen, ein Innenwandbild von Wolfram Schubert, das überklebt worden war, freizulegen. Diese Reihe ließe sich fortsetzen. Solche Tendenzen der letzten Zeit lassen hoffen, und es gibt immer mehr Menschen, die sich dafür engagieren.

Es ist wichtig, die im Osten Deutschlands entstandenen Werke aus allen Entwicklungsperioden als normale Bestandteile der Kunst in Deutschland und ihrer Geschichte zu erkennen und zu achten – auch mit ihren kritischen Potenzen in der Gegenwart. Doch die ideologischen Grabenkämpfe sind längst nicht vorbei, die Wunden verheilen schlecht und werden immer wieder aufgerissen, auch wenn es erfreuliche Versuche gibt, Gräben zu überwinden, offen und vernünftig mit dieser Kunst umzugehen. ■

Wir entnehmen die Beiträge dieser RotFuchs-Beilage der Broschüre des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V. (OKV) zur Aktivtagung am 5. Oktober 2020 in Berlin. Wir danken dem OKV und den Autoren für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.



Sondershausen, 21. Juli 1990: Protest gegen die geplante Stilllegung des traditionsreichsten deutschen Kalireviers im Südharz